

Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2007

des Landes Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Inhaltsverzeichnis

0.	Zusammenfassung.....	I
I.	Gegenstand des Fortschrittsberichtes	1
II.	Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	3
II.1	Wirtschaftliche Entwicklung	3
II.2	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	7
II.3	Demografische Entwicklung	10
II.4	Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt	12
III.	Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung.....	14
III.1.	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene.....	14
III.1.1	Ausgaben	14
III.1.2	Einnahmen	24
III.1.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt.....	27
III.2	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene	31
III.2.1	Ausgaben	31
III.2.2	Einnahmen	36
III.2.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt	39
III.3	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt.....	42
III.3.1	Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	42
III.3.2	Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	45
III.3.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	47
III.4	Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	48
IV.	Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2006 in Sachsen-Anhalt.....	50
IV.1	Der investive Einsatz der SOBEZ.....	50
IV.2	Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)	51
IV.3	Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ.....	53

V.	Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im	
	Berichtszeitraum	55
V.1	Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke.....	55
V.2	Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2006	57
V.3	Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt	61
VI.	Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt	66
VII.	Ausblick	70

0. Zusammenfassung

Entsprechend den Vereinbarungen im Solidarpakt II erhalten die Länder Mittel in Form von Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) und übernehmen die politische Verantwortung für den Erfolg der Mittelverwendung. Die neuen Länder einschließlich Berlin legen dem Finanzplanungsrat dazu jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen ihre Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Solidarpaktmittel und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert. Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes und legt den Fortschrittsbericht für das Jahr 2007 vor.

Der Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2007 des Landes Sachsen-Anhalt dokumentiert erneut die Konvergenzerfolge, die Sachsen-Anhalt auch durch die Hilfe der Solidarpakt-Mittel erfahren hat. Im Umfeld der anziehenden Wirtschaftsdynamik in Deutschland konnte sich Sachsen-Anhalt bei zentralen volkswirtschaftlichen Indikatoren weiter verbessern (siehe Abschnitt II des Berichts).

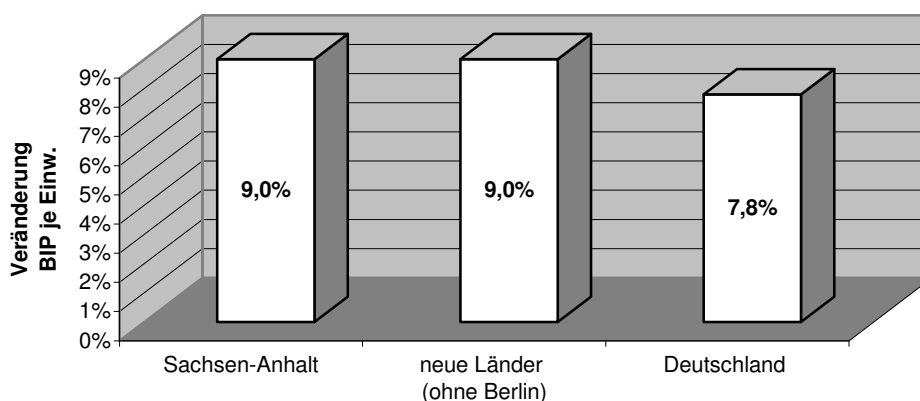
Besonders schwierige Ausgangslage

Die Ausgangslage nach der Wende war in Sachsen-Anhalt besonders schwierig. Der Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau führte zum Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze und die schnelle Privatisierung führte nicht zu den erhofften Effekten auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Fällen wurde eine Zweitprivatisierung notwendig. Insgesamt war der Systemwechsel 1989/90 in Sachsen-Anhalt mit besonderen Härten und hohen finanziellen Belastungen für das Land verbunden, die so von keinem anderen neuen Bundesland zu schultern waren. Diese Härten wirken bis heute nach und sind eine wesentliche Ursache für die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die etwa doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Zu nennen sind aber auch die immer noch zu hohen Personalbestände, die sukzessive abgebaut werden, weiterhin die teilungsbedingten Lasten für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR, die allein Sachsen-Anhalt mit jährlich rd. 400 Mio. Euro zu tragen hat. Weiterhin resultieren aus der demografischen Entwicklung sowohl ein relativer Einnahmerückgang (Steuern und Finanzausgleich) als auch erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene.

Sachsen-Anhalt ist weiter auf Wachstumskurs

Auch vor dem Hintergrund eines turbulenten weltwirtschaftlichen Umfeldes hat sich die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in Sachsen-Anhalt fortgesetzt. Vor allem die gute Industriekonjunktur und eine positive Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sorgen für ein robustes Wachstum. Die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen an, dass sich das Land im gesamtdeutschen Vergleich weiter gut entwickelt.

Abbildung 0.1: Wachstum in Sachsen-Anhalt 2003-2007



Im Vergleich des Jahres 2007 gegenüber 2003 hatte **Sachsen-Anhalt**

- das zweithöchste Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe (+ 38,9 %),
- das fünfstärkste Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland (+ 9,0 %),
- sowie auch 2007 die günstigsten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe bundesweit,
- Produktivitätsgewinne im mittleren Bereich bundesweit (+ 5,7 %).

Zur langfristigen Fortsetzung dieser Prozesse leisten die Solidarpaktmittel einen unverzichtbaren Beitrag, wie die bereits erreichten Erfolge bei Wachstum, Produktivität, Beschäftigung und Rückführung des Verbrauchsüberhangs belegen.

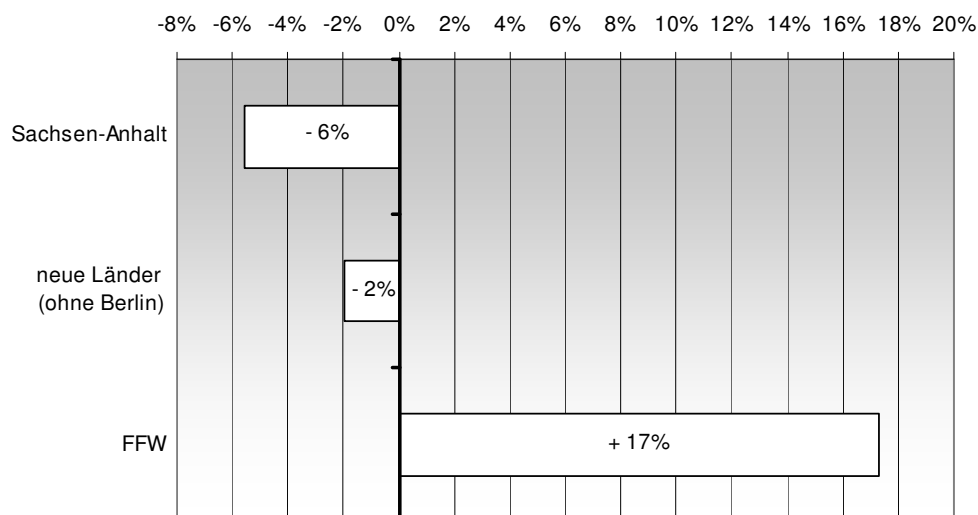
Konsolidierungsziele werden mit hoher Priorität verfolgt

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter mit hoher Priorität verfolgt. Land und Kommunen haben gerade in den letzten Jahren erhebliche Beiträge zur Ausgabensenkung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet. **Auf konsolidierter Landes- und Gemeindeebene wurde im Jahr 2007 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine nomi-**

nale Ausgabenreduzierung um rd. 9 % erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW im gleichen Zeitraum ein Anstieg um etwa 12 % zu verzeichnen war.

Dazu hat beigetragen, dass das Land und seine Kommunen in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Personalbestände zu reduzieren. Im **Landeshaushalt** sind insbesondere durch die Stellenrückführungen bereits Erfolge zu verzeichnen. Auch die vorgenommenen Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes haben Konsolidierungsbeiträge erbracht. Insgesamt hat das Land Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis 2007 die Ausgaben stärker zurückgeführt als dies im Durchschnitt der neuen Länder und der FFW der Fall war.

Abbildung 0.2: Konsequente Haushaltskonsolidierung in Sachsen-Anhalt - Ausgabenentwicklung im Landeshaushalt 1995-2007



Der Bericht zeigt weiterhin, dass **das Land bei den gegenwärtigen durch einen hohen Anteil bundesgesetzlicher Verpflichtungen bestehenden Ausgabenstrukturen nicht in der Lage wäre, Investitionen ohne Solidarpakttransfers überhaupt durchzuführen. Damit sind die empfangenen SOBEZ die grundlegende Voraussetzung für die weitere Schließung der Infrastrukturlücke.** Darüber hinaus wird eine nachhaltige Konsolidierung auf der Landes- und Kommunalebene mittelfristig weiter zur Verbesserung der Haushaltsstruktur beitragen. **Die Landesregierung hat 2007 erstmals einen Haushalt ohne Neuverschuldung abgeschlossen.** Ab 2009 wird mit der Tilgung von Landesschulden begonnen. Damit werden neue Spielräume für künftig wichtige Zukunftsinvestitionen geschaffen und langfristig die Transferabhängigkeit Sachsen-Anhalts weiter reduziert.

Zugleich muss in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs Vorsorge für konjunkturell schlechtere Zeiten getroffen werden. Deshalb hat die Landesregierung zusätzlich zur vorgesehenen Tilgung der Gesamtverschuldung eine Steuerschwankungsreserve gebildet, der 2007 erstmals Mittel zugeführt wurden.

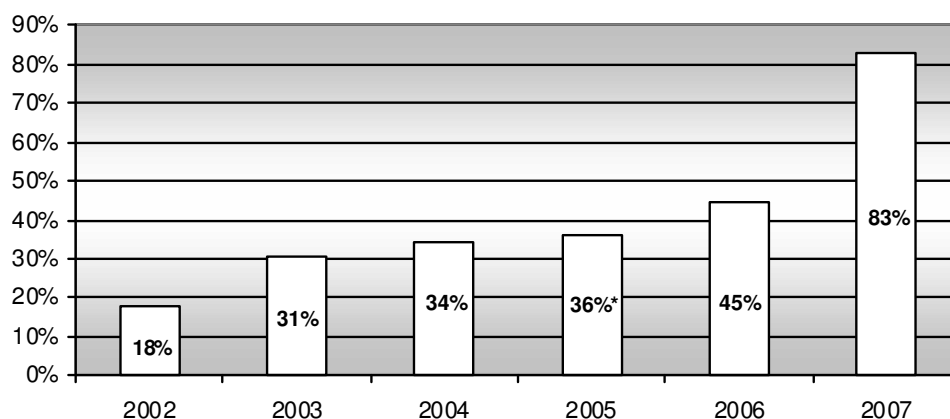
Es bleibt jedoch festzustellen, dass den fiskalischen Erfolgen teilweise zunächst volkswirtschaftliche Kosten gegenüberstehen, da sie kurzfristig zu einer Verminderung von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung führen. Die positiven Wirkungen der Konsolidierungspolitik Sachsen-Anhalts werden daher erst mittel- bis langfristig einsetzen. Dies ist ein Grund dafür, dass die Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücke trotz bereits erzielter Fortschritte ein längerfristiger Prozess bleibt.

SOBEZ-Verwendungsnachweis 2007

Zum vorgelegten Verwendungsnachweis für die empfangenen SOBEZ 2007 lässt sich Folgendes feststellen (siehe auch Teil IV bzw. Tabelle IV.3.1 des Berichts):

- **Unter Zugrundelegung des vereinbarten Berechnungsschemas ergibt sich ein Nachweis von rd. 83 % der SOBEZ und damit im Bereich der *investiven* Verwendung eine kontinuierliche Steigerung seit 2002.**

Abbildung 0.3: Kontinuierliche Verbesserung des Nachweises der Verwendung der empfangenen SOBEZ (ohne teilungsbedingte Sonderlasten)



*2005 Mittelwert der für die UFK verwendeten Spannweite

Mit der Weiterführung der Null-Neuverschuldung 2008 und der beginnenden Tilgung ab 2009 wird eine weitere Verbesserung des Verwendungsnachweises einsetzen. Damit wird Sachsen-Anhalt zu den Ländern, die bei der Haushaltskonsolidierung bereits weiter vorangekommen sind, aufschließen.

- Auf der Ausgabenseite sind die eigenfinanzierten Investitionsausgaben in Sachsen-Anhalt 2007 gegenüber 2006 auf gleichem Niveau geblieben. Gleichzeitig konnte ein

Anstieg der aus SOBEZ finanzierten Investitionen nachgewiesen werden, der auf den erreichten Rückgang der Neuverschuldung zurückgeht. Allerdings wurde im Jahr 2007, bedingt durch die späte Genehmigung des Operationellen Programms der EU, nur ein verminderter Investitionsabfluss insbesondere beim EFRE IV erreicht. Dies bedingt i. V. m. einer hohen Drittmittelquote bei den durchgeführten Investitionen den noch nicht vollständigen rechnerischen Nachweis der SOBEZ-Verwendung in Sachsen-Anhalt. Im Jahr 2007 wurde jedoch ein Fortschritt um fast 40 Prozentpunkte erreicht. Sachsen-Anhalt wird in den nächsten Jahren weiter um eine Verbesserung der Nachweisquote bemüht sein.

- Nach der geänderten Rechtslage des Solidarpakts II sind die Ausgaben für die teilungsbedingten Sonderlasten (z. B. Aufwendungen für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) außerhalb von Infrastrukturausgaben nicht mehr auf die SOBEZ-Verwendung anrechenbar. Dies reduziert seit 2005 die Verwendungsquote, ebenso wie die verminderte Anrechenbarkeit der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) aufgrund der Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs (LFA) und die Auswahl des Referenzlandes (2007: Bremen).
- **Ein wesentliches Ergebnis des Berichts ist die Feststellung, dass die neuen Länder – und somit auch Sachsen-Anhalt – ohne die SOBEZ nicht in der Lage wären, überhaupt überproportionale Investitionen zu tätigen.** Es müssten dann tiefe und irreversible Einschnitte in jene freiwilligen Leistungen gemacht werden, die zwar nach der Haushaltssystematik als konsumtiv gelten, tatsächlich aber investiven Charakter haben und standortpolitisch von größter Bedeutung sind. Dazu zählt vor allem die Finanzierung der Universitäten, Fachhochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Der Zusammenhang zwischen empfangenen SOBEZ und den überproportionalen Investitionen besteht somit unmittelbar. In diesem Zusammenhang wird auch die Einschätzung des *Bundes* in seiner Finanzplanung 2006 - 2010 verwiesen, nach der

„... die Einordnung einer Ausgabe als Investition nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben ist. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“

Weiterhin hohe Investitionen in die Infrastruktur

Die Darstellung der Investitionsaktivitäten des Landes und seiner Kommunen (siehe Abschnitt V des Berichts) zeigt, dass die Infrastrukturausgaben in den *vergangenen* Jahren zwar reduziert werden mussten, um Einnahmeausfälle und steigende Ausgaben zu kompensieren. **Die vorgelegten Indikatoren belegen jedoch, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren und so auch 2007 doppelt so hohe Infrastrukturinvestitionen je Einwohner geleistet hat wie die Vergleichsländer West.** Dies zeigt den hohen Stellenwert der Infrastrukturinvestitionen, die weiter zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen haben **und besonders in jene Bereiche gelenkt wurden, in denen hauptsächlich Infrastrukturlücken bestehen** (siehe Teil V des Berichts).

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die **Mittel für den Aufbau Ost entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden konnten** und sich Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu einem attraktiven und erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Diese gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hat auch 2007 zu weiteren bedeutenden Ansiedlungen geführt, wie z. B. einer Flachglasfabrik und einer Produktionsanlage für Solarmodule in Osterweddingen oder eines Glaswollewerkes in Bernburg. Weitere bedeutende Investitionen erfolgten im Micro Tech Park in Thalheim (Solartechnik). Unter den inzwischen in Sachsen-Anhalt angesiedelten Unternehmen befinden sich Investoren aus Italien, Belgien, den USA, Australien, Japan, Großbritannien und der Schweiz. Dies belegt die gestiegene Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt.

Zu den **Leistungen aus dem „Korb II“ des Solidarpakts II** haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung über die weitere Ausgestaltung der zugesagten Mittel getroffen. Diese sieht vor, dass die Politikfelder Wirtschaft, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau sowie Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation und Bildung die Kernbereiche der Korb-II-Förderung bilden. Dabei sollen die Zahlungen insgesamt degressiv ausgestaltet werden, so dass von rd. 6 Mrd. Euro im Jahr 2005 ein Rückgang bis 2012 auf unter 4 Mrd. Euro und letztmalig knapp 2 Mrd. Euro im Jahr 2019 vorgesehen ist (siehe Teil VI des Berichts).

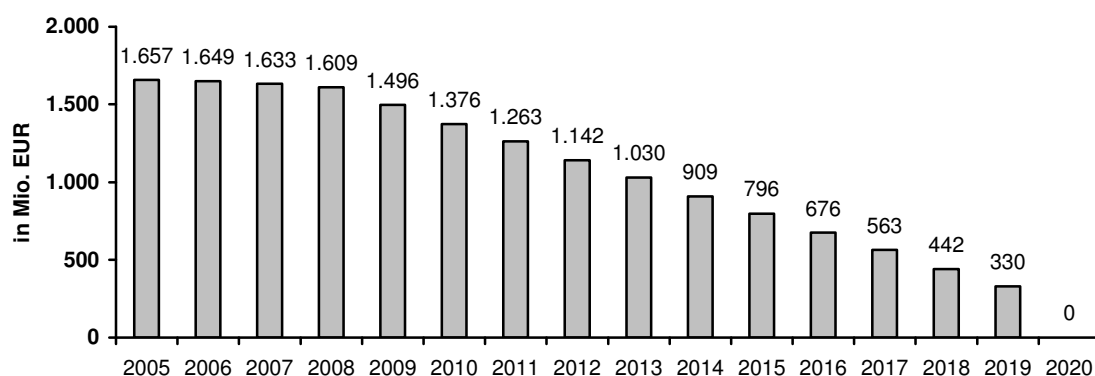
Insgesamt ist festzuhalten, dass der Bericht in vielen Bereichen die begonnenen Anpassungsprozesse in Sachsen-Anhalt aufgezeigt hat, die vom Land und seinen Kommunen im eigenen Interesse konsequent verfolgt werden. Trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben das Land und seine Kommunen mit Hilfe der Solidarpaktmittel den Abbau der Infrastrukturdefizite weiter vorangetrieben und entsprechende Konvergenzfortschritte erreicht. **So hat Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum seine Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern und wichtige internationale Ansiedlungserfolge bewirken**

können. Dies zeigt, dass der Aufbau Ost eine lohnende Zukunftsinvestition für ganz Deutschland ist.

I. Gegenstand des Fortschrittsberichtes

Der Fortschrittsbericht dokumentiert die Fortschritte des Landes Sachsen-Anhalt beim wirtschaftlichen Aufholprozess und den diesbezüglichen Einsatz der Solidarpaktmittel. Das Land Sachsen-Anhalt hat wie auch die anderen neuen Länder – einschließlich des Landes Berlin – im Rahmen des Solidarpakt I von 1995 bis 2004 Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) erhalten. Entsprechend dem Solidarpakt II werden ab 2005 SOBEZ zum Ausgleich der teilungsbedingten Sonderlasten aus der bestehenden Infrastrukturlücke und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft weiter bereitgestellt. Dabei setzt seit 2006 eine jährliche Degression der Mittelzuweisungen ein, so dass letztmalig im Jahr 2019 eine Zuweisung erfolgt. Die Degression der dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Mittel ist in Abbildung I.1 dargestellt.

Abbildung I.1: Degressive Ausgestaltung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in den Jahren 2005 bis 2019



Neben der Gewährung der SOBEZ hat der Bund zugesagt, in einem Korb II den neuen Ländern weitere rd. 51 Mrd. Euro an überproportionalen Leistungen zur Verfügung zu stellen. Dazu haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung getroffen, die die Bestandteile des Korbs II definiert und deren Fortführung bis zum Jahr 2020 festlegt (siehe Teil VI des Berichts).

Die neuen Länder einschließlich des Landes Berlin legen dem Finanzplanungsrat jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen die Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert.

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine bundesgesetzliche Verpflichtung für das Jahr 2007.

Methodik

Zur Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sowie der Fortschritte beim Abbau der noch immer vorhandenen erheblichen infrastrukturellen Defizite orientiert sich die Darstellung an einem gleitenden Fünfjahreszeitraum. Im vorgelegten Bericht werden alle Daten des Landeshaushaltes auf Grundlage des endgültigen Haushaltsabschlusses 2007 ermittelt (Stand 10. März 2008). Für 2007 wurden die Darstellungen zur Haushaltsentwicklung nicht mehr um die Einnahmen und Ausgaben des Landes im Zusammenhang mit der Fluthilfe bereinigt, da die Fluthilfeausgaben weniger als 1 Euro/ EW betragen. Im Jahresvergleich wird für die Vorjahre eine Bereinigung weiter berücksichtigt.

Als Referenzwert für den Vergleich der Entwicklung Sachsens-Anhalts wird vereinbarungsgemäß der *Pro-Kopf-Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer (FFW)*, bestehend aus den Ländern Niedersachsen (NI), Rheinland-Pfalz (RP), Schleswig-Holstein (SH) und dem Saarland (SL) herangezogen. Als Referenzzeitraum wurde der Zeitraum 2003 bis 2007 zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Pro-Kopf-Zahlen wurde jeweils vom Einwohnerstand zum 30. Juni des Jahres ausgegangen.

Für den Verwendungsnachweis der SOBEZ ist der Wegfall der Anrechnungsfähigkeit der teilungsbedingten Lasten außerhalb der Infrastruktur von enormer Bedeutung. Deshalb werden zur besseren Vergleichbarkeit die Werte in neuer Abgrenzung auch rückwirkend bis 2002 dargestellt. Entsprechend der am 12. Juni 2006 erfolgten Abstimmung der Länderfinanzminister mit dem Bundesminister der Finanzen wird seit 2005 auch der Bereich der Schuldendiensthilfen (ohne Wohnungsbau) einvernehmlich in den Nachweis einbezogen, da diese für investive Zwecke gewährt werden und lediglich eine andere Form der Förderung darstellen (auch nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost war eine Förderung von Schuldendiensthilfen möglich). Für die Berechnung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) wird aufgrund der Vereinbarung in der Sitzung des Finanzplanungsrates vom November 2006 ab dem Berichtsjahr 2006 für jedes Land der genau berechnete Wert entsprechend der Methodik des BMF (2007 Referenzland Bremen als finanzschwächstes Bundesland West) angesetzt.

II. Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt

II.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Zentraler Indikator der weiteren Konvergenz der neuen Länder ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner. Der Bezug zur Einwohnerzahl wird hier wie auch für andere zentrale Größen für wesentlich gehalten, da die Erwirtschaftung eines Produkts wie auch seine Verwendung unmittelbar an die Anzahl der davon betroffenen Menschen gekoppelt ist.

Tabelle II.1.1 zeigt die Entwicklung des realen BIP je Einwohner in den einzelnen Bundesländern und in Deutschland insgesamt im Jahr 2007.

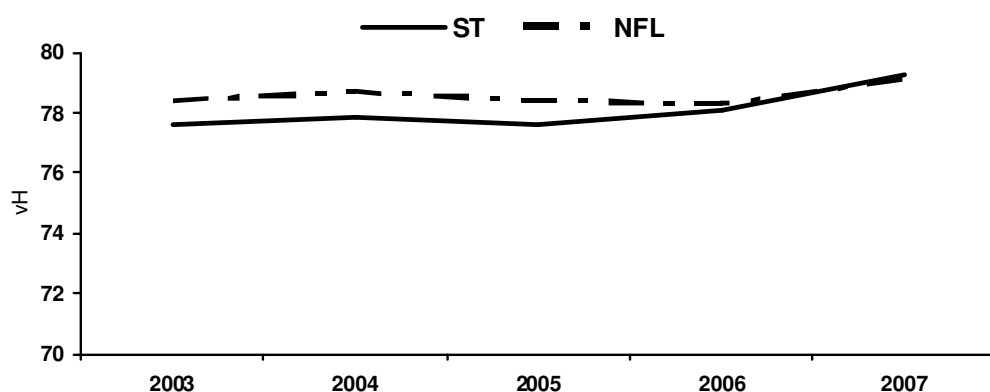
Tabelle II.1.1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2007

	in jeweiligen Preisen		preisbereinigt	preisbereinigt, verkettet je EW
	in Euro	in % des bundes- deutschen Durch- schnitts	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Wachstums- rate 2007/2003
Mecklenburg-Vorpommern	20.352	69,1	3,4	8,4
Sachsen-Anhalt	20.988	71,2	3,3	9,0
Sachsen	21.828	74,1	3,1	9,9
Thüringen	20.926	71,0	3,0	10,6
Saarland	28.782	97,7	3,0	13,3
Nordrhein-Westfalen	29.396	99,8	2,8	6,9
Bremen	40.014	135,8	2,8	5,0
Baden-Württemberg	32.840	111,5	2,7	7,6
Rheinland-Pfalz	25.791	87,5	2,7	7,1
Bayern	34.716	117,8	2,6	9,2
Brandenburg	20.678	70,2	2,5	6,9
Hessen	35.701	121,2	2,4	6,8
Hamburg	50.557	171,6	2,1	6,3
Niedersachsen	25.864	87,8	2,0	7,8
Berlin	24.536	83,3	1,8	1,5
Schleswig-Holstein	25.489	86,5	1,3	4,6
Deutschland	29.465	100,0	2,7	7,8

Im Zeitraum von 2003 bis 2007 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner um 9,0 %. Damit verzeichnete Sachsen-Anhalt das fünfstärkste Wachstum in Deutschland. Wie Abbildung II.1.1. zeigt, konnte Sachsen-Anhalt einen weiteren Konver-

genzfortschritt in Relation zu den FFW erzielen, jedoch fiel die Angleichung nicht mehr so stark aus wie im Vorjahr. Im Jahr 2003 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 78 % des bundesdeutschen Durchschnitts, 2007 waren es 79 %. Damit konnte Sachsen-Anhalt zu den anderen neuen Ländern aufschließen.

Abbildung II.1.1: Entwicklung des BIP je Einwohner in Sachsen-Anhalt und den NFL in % des Durchschnittswertes der FFW



Das reale Wachstum in Sachsen-Anhalt - gemessen an der Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche - war in den vergangenen Jahren im deutlich positiven Bereich, siehe [Tabelle II.1.2](#).

Tabelle II.1.2: Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

	ST	FFW	ST	FFW
	2007/2003	2007/2003	2007/2006	2007/2006
1. alle Wirtschaftsbereiche	5,3	8,6	2,5	2,4
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	-12,8	6,6	0,8	1,8
3a. Produzierendes Gewerbe insgesamt	20,8	13,7	7,5	3,7
3b. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	29,8	16,7	9,1	4,4
3.1 Verarbeitendes Gewerbe	38,9	17,5	12,1	5,5
3.2 Baugewerbe	-6,5	-3,6	1,3	-1,0
4. Dienstleistungsbereiche	-0,1	6,4	0,5	1,7
4.1 Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,0	6,3	1,6	1,5
4.2 Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6,9	9,1	3,0	2,8
4.3 Öffentliche und private Dienstleister	-5,1	3,4	-2,2	0,7

Ursache für die verhaltene Entwicklung in Sachsen-Anhalt war insbesondere der wirtschaftliche Verlauf im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, der einen Anteil von

über einem Viertel an der Gesamtwirtschaft in Sachsen-Anhalt hat. Die negative Wachstumsrate in diesem Bereich verdeutlicht, welche enormen Eigenanstrengungen das Land Sachsen-Anhalt sowohl durch den eingeschlagenen Konsolidierungskurs des Haushalts als auch den Abbau von Personal unternommen hat. Vor diesem Hintergrund erzielte Sachsen-Anhalt im Betrachtungszeitraum unter allen Bundesländern eine Wachstumsrate von 5,3 % und nimmt damit nur einen Platz im hinteren Drittel ein.

Die sektorale Aufspaltung des realen Wachstums lässt erkennen, dass sich nur die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei deutlich negativ entwickelt haben. Aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen in Land und Kommunen und dem damit ständig verbundenen Personalabbau schrumpfte auch der Bereich „öffentliche und private Dienstleister“. Im Verarbeitenden Gewerbe, sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war eine positive Veränderungsrate zu verzeichnen. **Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens-Anhalts wies weiterhin eine überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg 2007 gegenüber 2003 um 38,9 %, während sie in den FFW nur um 17,5 % anstieg. Diese Tatsache ist besonders hervorzuheben, da dem Verarbeitenden Gewerbe für den gesamten weiteren gesamtwirtschaftlichen Konvergenzprozess eine herausragende Rolle zukommt.**

Als unmittelbare Folge des Wachstums bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung hat sich die Produktivität (gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) weiter verbessert. **Bundesweit liegt Sachsen-Anhalt 2007 gegenüber 2003 mit real + 5,7 % bei den Produktivitätsgewinnen im mittleren Bereich** und kann 2007 mit + 1,4 % auf den dritthöchsten (mit vier weiteren Ländern) gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter allen Bundesländern verweisen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat Sachsen-Anhalt 2007 mit 77 % des Bundesdurchschnitts **die günstigsten Lohnstückkosten in Deutschland** und erweist sich somit gerade in diesem Wirtschaftsbereich als besonders wettbewerbsfähig.

Der Vergleich der Sektorstruktur in Sachsen-Anhalt und den FFW in der Tabelle II.1.3 zeigt, dass die industrielle Basis in den neuen Ländern zwar immer noch etwas kleiner ist als in den alten Ländern, der Abstand zu den FFW sich jedoch langsam verringert. Während der Bereich „Produzierendes Gewerbe ohne Bau und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ anteilmäßig noch unter dem Wert der FFW liegt, ist die Bauwirtschaft dagegen in Sachsen-Anhalt trotz des in den letzten Jahren erfolgten Schrumpfungsprozesses immer noch gewichtiger als in den alten Ländern, auch die öffentlichen und privaten Dienstleister liegen mit 3,6 % über denen der FFW.

Tabelle II.1.3: Wirtschaftsstruktur: Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) 2007 nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

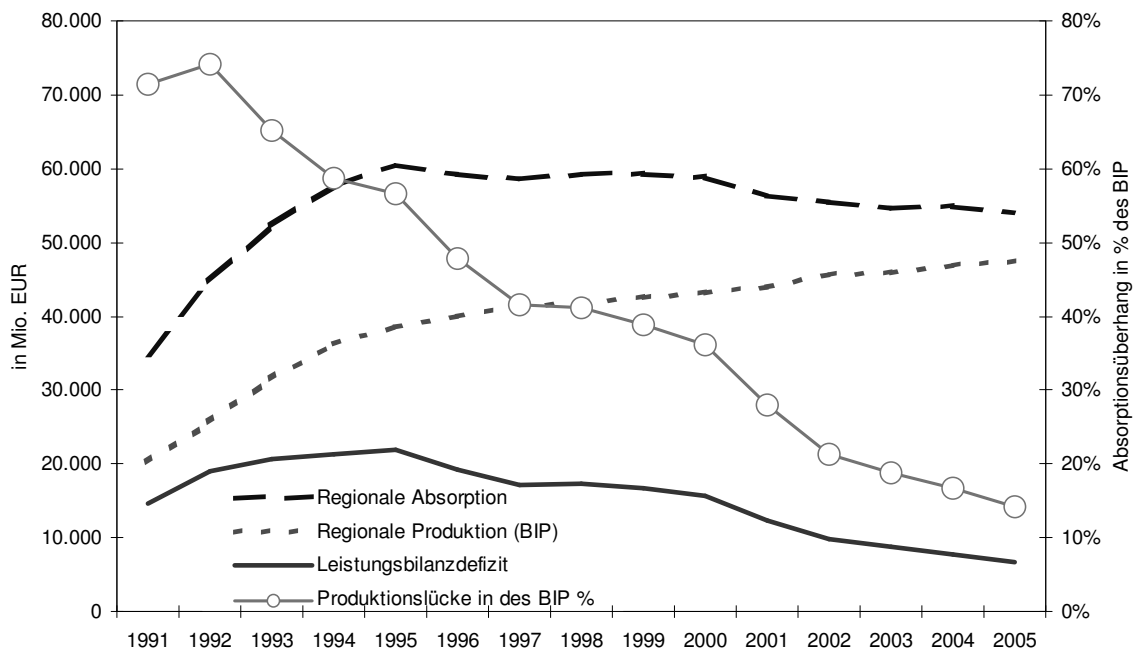
	ST	FFW
1. alle Wirtschaftsbereiche	100,0	100,0
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,6	1,5
3. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	24,7	25,8
4. Baugewerbe	5,9	4,2
5. Handel, Gastgewerbe und Verkehr	19,1	18,5
6. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	21,5	26,4
7. Öffentliche und private Dienstleister	27,2	23,6

Die Anpassungsfortschritte Sachsen-Anhalts kommen auch in der deutlich rückläufigen Produktionslücke („Leistungsbilanzdefizit“) des Landes zum Ausdruck, siehe Abbildung II.1.2. Sie berechnet sich als die Differenz zwischen dem Verbrauch von Haushalten, Unternehmen und öffentlicher Hand einerseits und dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) andererseits. Die Produktionslücke in % des BIP gibt an, um welchen Prozentsatz das Bruttoinlandsprodukt wachsen müsste, damit es dem regionalen Verbrauch gleicht.

Während die Produktionslücke im Jahr 1991 noch 71 % des BIP betrug, sank sie bis 2005¹ auf 15 %. Gegenüber 2003 wurde ein Rückgang um 5 Prozentpunkte erreicht. Dafür verantwortlich ist zum einen die stetig wachsende Produktion (BIP) und zum anderen der seit 1995 rückläufige regionale Verbrauch. Sachsen-Anhalt deckt seinen Verbrauch somit zunehmend aus der eigenen wirtschaftlichen Leistungskraft. Dazu leisten die Solidarpaktmittel einen ebenso wichtigen Beitrag wie die Erfolge bei Wachstum, Produktivität und Beschäftigung.

¹ *aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor (Quelle: VGR der Länder)*

Abbildung II.1.2: Rückläufige Produktionslücke in Sachsen-Anhalt

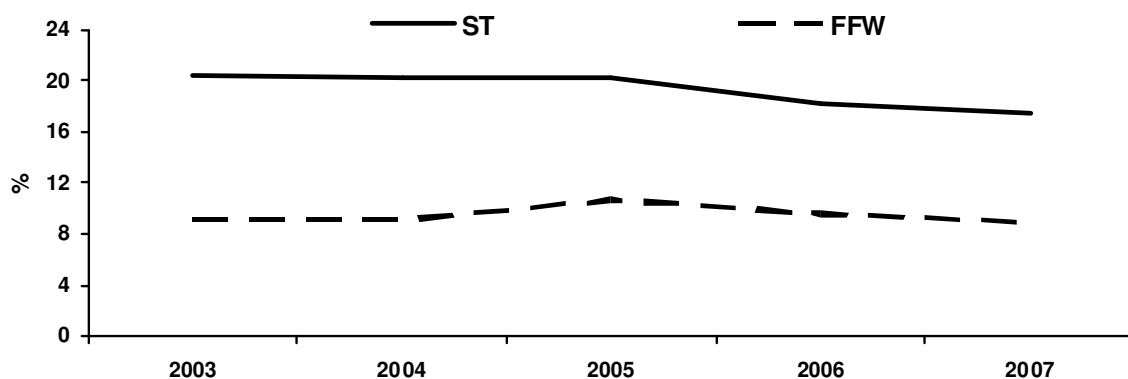


II.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Über das Jahr 2007 hinweg blieb die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt deutlich unter Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt waren 202.100 Personen arbeitslos. Das war die geringste Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt seit 1992. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug 16,0 % (Vorjahr 18,3 %). Die konjunkturelle Entwicklung wirkt sich weiterhin positiv auf den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt aus.

Der Arbeitsmarkt ist in Sachsen-Anhalt - wie auch in allen anderen neuen Ländern - noch immer von einer hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Wie [Abbildung II.2.1](#) zeigt, ist die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, immer noch fast doppelt so hoch wie in den FFW.

Abbildung II.2.1: Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt sowie den FFW, Jahresdurchschnittswerte von 2003 bis 2007



Mit durchschnittlich 16,0 % wies Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 weiterhin die zweithöchste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland auf. Allerdings sank die **Anzahl** der Arbeitslosen 2007 gegenüber dem Jahr 2003 um 24,7 %, dies war der stärkste Rückgang im Vergleich der neuen Länder.

Wie Tabelle II.2.1 zeigt, ist in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosen**quote** im Referenzzeitraum am stärksten zurückgegangen (- 22 %).

Tabelle II.2.1: Veränderung der Arbeitslosenquote 2007 gegenüber 2003 bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (2003=100)

Bundesland	2007/2003
Bayern	77
Sachsen-Anhalt	78
Baden-Württemberg	79
Thüringen	79
Brandenburg	79
Mecklenburg-Vorpommern	82
Sachsen	82
Rheinland-Pfalz	84
Deutschland	86
Berlin	86
Schleswig-Holstein	87
Saarland	88
Niedersachsen	93
Hamburg	93

Bundesland	2007/2003
Nordrhein-Westfalen	95
Hessen	96
Bremen	96

Obwohl sich die Situation am Arbeitsmarkt getragen von der positiven konjunkturellen Entwicklung seit 2006 aufgehellt hat, bleibt die längerfristige Bilanz im Saldo negativ. Die Erwerbstätigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2007 um 0,4% unter dem Wert des Jahres 2003. Eine ähnliche Entwicklung ist in allen neuen Ländern zu verzeichnen. Da in diesem Zeitraum der Bevölkerungsrückgang etwa so groß war wie der Rückgang der Erwerbstätigen, ist die Erwerbsquote gegenüber 2003 nahezu unverändert geblieben. Auch dies entspricht der Entwicklung in den anderen neuen Ländern wie auch in Deutschland insgesamt, siehe Tabelle II.2.2.

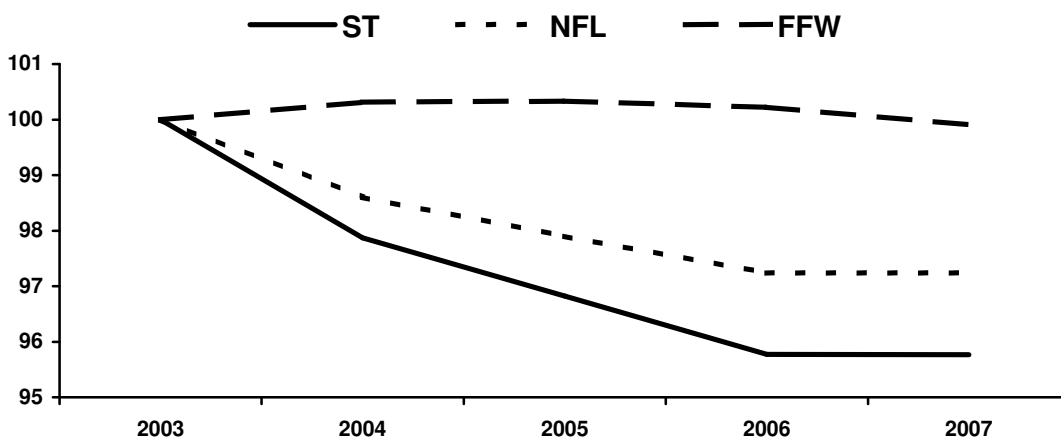
Tabelle II.2.2: Entwicklung der Erwerbsquote (Erwerbstätige je 1000 Einwohner) 2007 gegenüber 2003 (2003=100)

Bundesland	2007/2003
Mecklenburg-Vorpommern	105
Sachsen	104
Thüringen	104
Sachsen-Anhalt	104
Brandenburg	104
Saarland	102
Schleswig-Holstein	102
Nordrhein-Westfalen	100
Hessen	100
Deutschland	100
Rheinland-Pfalz	100
Bremen	100
Niedersachsen	100
Berlin	100
Baden-Württemberg	99
Bayern	99
Hamburg	98

II.3 Demografische Entwicklung

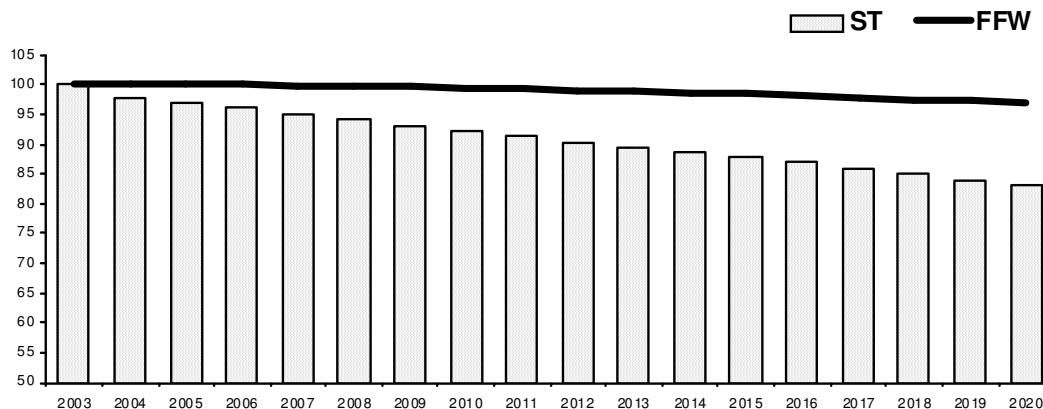
Das Land Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bevölkerungsverlust erlitten. Am 30.6.2007 lag die Einwohnerzahl um 4,2 % niedriger als am 30.6.2003. Im gleichen Zeitraum hatten die neuen Flächenländer insgesamt einen Bevölkerungsverlust von ca. - 2,8 % und die finanzschwachen Westflächenländer ebenfalls einen leichten Einwohnerverlust in Höhe von ca. 0,1 % zu verzeichnen, siehe [Abbildung II.3.1](#). Verantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere der negative Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen, bedingt durch **im Durchschnitt zu geringe Zuwanderungen, aber auch ein überdurchschnittlich hohes Geburtendefizit**. Die Entwicklung ist auch in den anderen neuen Ländern ähnlich verlaufen, selbst Brandenburg, das zwischenzeitlich von Suburbanisierungsprozessen im Großraum Berlin profitierte, muss inzwischen wieder Bevölkerungsverluste verkraften. Nachdem die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2001 und 2002 gegenüber dem Vorjahr jeweils um rd. 1,3 % sank, hat sich der Bevölkerungsrückgang in den Jahren 2003 bis 2006 verlangsamt. Im Jahr 2007 kam es zu einer erneuten Verstärkung.

Abbildung II.3.1: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt seit 2003 im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) und der Gesamtheit der neuen Flächenländer (NFL)/ 2003 = 100



Nach der aktuell vorgelegten Bevölkerungsprognose 2007 des Statistischen Landesamtes wird sich der Bevölkerungsrückgang auch in den nächsten Jahren fortsetzen, siehe [Abbildung II.3.2](#). Längerfristig geht die Prognose davon aus, dass die Bevölkerungszahl des Landes von 2,442 Mio. Einwohner Ende 2006 bis 2020 auf ca. 2,115 Mio. Einwohner sinkt (-13 Prozent). Im Vergleich hierzu rechnet das Statistische Bundesamt für die FFW bis zum Jahr 2020 nur mit einem leichten Bevölkerungsrückgang um etwa 3 Prozent.

Abbildung II.3.2: Bevölkerungsprognose für den Zeitraum von 2003 bis 2020 in Sachsen-Anhalt und den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) im Vergleich (2003 = 100)



Aus den durch die Prognose aufgezeigten demografischen Entwicklungen resultieren sowohl auf Länder- als auch auf Kommunalebene erhebliche **fiskalische Anpassungslasten, die zusätzlich zu den Aufbaulasten von den neuen Ländern zu tragen sind und denen in den alten Ländern in den nächsten Jahren kaum vergleichbare Lasten gegenüberstehen**. Sachsen-Anhalt verliert mit jedem Einwohner, der das Land verlässt, gegenwärtig etwa 2.500 Euro pro Jahr an Steuereinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Die Landesregierung wird auch aus diesem Grund durch entsprechende Gegenmaßnahmen dazu beitragen, den Bevölkerungsrückgang nach Möglichkeit zu verlangsamen. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Familienfördergesetz mit konkreten Maßnahmen beschlossen. Außerdem wurden Forschungs- und Modellprojekte auf den Weg gebracht, wie „Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ und „Innovative Ansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels – Generationswechselmanagement in Sachsen-Anhalt“.

Eine Studie über die Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass in Sachsen-Anhalt neben der eher durchschnittlichen Abwanderung und dem Geburtendefizit insbesondere die **geringere Zuwanderung** ein Problem darstellt. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf für künftige politische Entscheidungen, um eine höhere Attraktivität des Standorts und Lebensraums Sachsen-Anhalt zu bewirken. Im Juli 2007 hat die Landesregierung die Fortschreibung 2007 des Handlungskonzeptes „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ beraten und weitergehende Prüfaufträge an die Landesverwaltung erteilt.

II.4 Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt

Wie das Kapitel II gezeigt hat, hat Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum deutliche Konvergenzfortschritte aufzuweisen. Dies betrifft namentlich die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion. Allerdings ist die Unternehmensgrößenstruktur weiterhin unbefriedigend, auch wenn sich vor allem mittelständische Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes inzwischen gekräftigt haben. Auf anderen Feldern, wie besonders auf dem Arbeitsmarkt, gibt es noch erhebliche Entwicklungsrückstände, an deren Beseitigung weiter intensiv gearbeitet werden muss.

Abbildung II.4.1: Zentrale Indikatoren zum erreichten Anpassungsniveau Sachsens-Anhalts im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (=100) in den Jahren 1995, 2003 und 2007

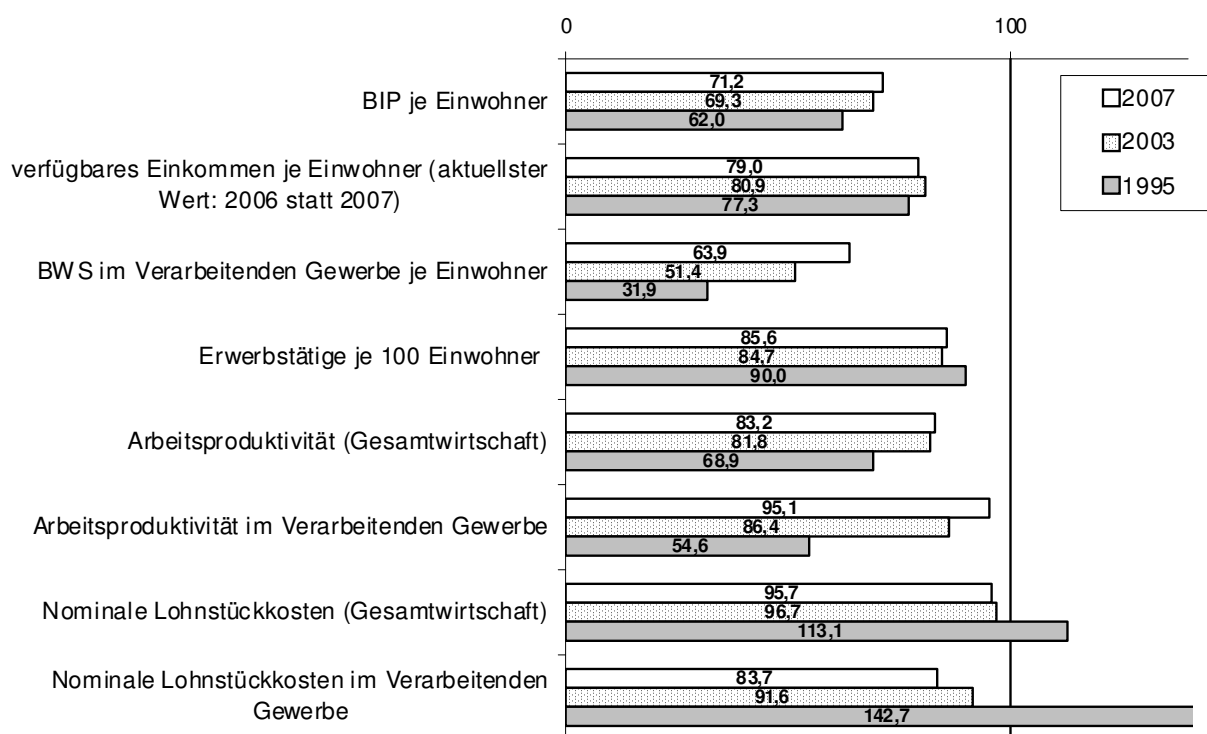


Abbildung II.4.1 fasst den erreichten Anpassungsstand Sachsens-Anhalts anhand zentraler Konvergenzindikatoren zusammen. Sie zeigt, dass es Sachsen-Anhalt seit 1995 – dem Jahr der Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich – gelungen ist, beachtliche Konvergenzerfolge zu erzielen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 9,0 % und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig haben hohe Produktivitätsgewinne und deutlich gesunkene Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig verbessert. Zahlreiche Neuansiedlungen sind der Beleg für die günstigen Rahmenbedingungen und die neu gewonnene Attraktivität des Industriestandortes Sachsen-Anhalt.

Obwohl das Verarbeitende Gewerbe besonders dynamisch wächst, erreicht die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2007 – bezogen auf die Einwohnerzahl – jedoch erst 71,2 % des Bundesdurchschnitts. Ein Grund hierfür ist die immer noch vergleichsweise schmalere industrielle Basis in Sachsen-Anhalt. Obwohl die Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich anstieg, hat sich bei den verfügbaren Einkommen der Rückstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert. Auch hat das wirtschaftliche Wachstum bislang noch in zu geringem Umfang neue Arbeitsplätze mit sich gebracht, obwohl die Arbeitslosenquote von 18,3 % im Jahr 2006 auf 16,0 % im Jahr 2007 zurück ging.

Die Solidarpaktmittel haben einen wesentlichen Beitrag zu den bereits erreichten Konvergenzerfolgen Sachsens-Anhalts geleistet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zeigt, dass die Hilfen effektiv im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Aufbaus Ost eingesetzt wurden und dass es dem Land zunehmend gelingt, sich aus seiner Transferabhängigkeit zu befreien. Gleichwohl sind die noch vorhandenen Entwicklungsrückstände unübersehbar und bedürfen auch künftig überdurchschnittlicher Investitionen.

Auch weiterhin sind große Anstrengungen erforderlich, um die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands weiter zu reduzieren und das Konvergenzziel des Aufbaus Ost zu erreichen. In dieser Situation ist die mit dem Solidarpakt II geschaffene Planungssicherheit für den weiteren Prozess des Aufbaus Ost von großer Bedeutung, damit die Konvergenzerfolge verstetigt werden können und das Ziel – finanziell auf eigenen Beinen zu stehen – erreicht wird.

III. Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung

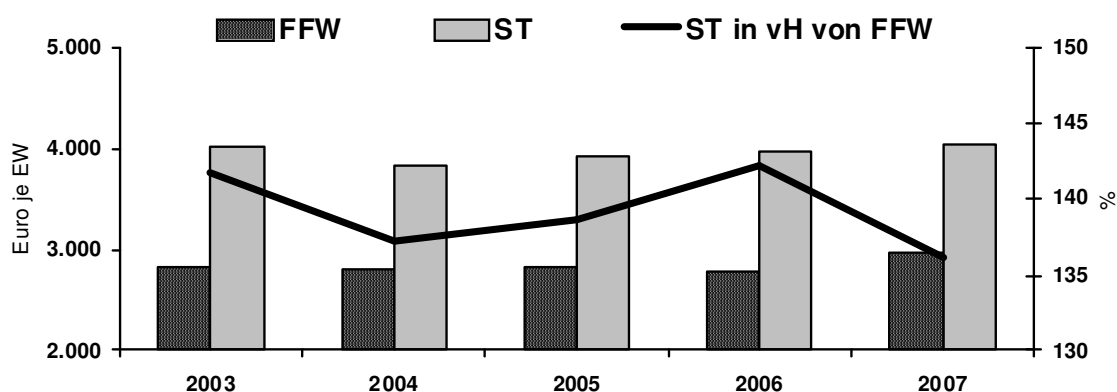
III.1. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene

III.1.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben² auf Landesebene sind in Sachsen-Anhalt seit 2003 im Vergleich zu den FFW leicht gesunken, von ca. 10,17 Mrd. Euro im Jahr 2003 sind sie absolut um 3,54 % auf ca. 9,81 Mrd. Euro im Jahr 2007 zurückgegangen. Ohne Berücksichtigung der 2005 erstmalig weitergeleiteten Mittel des Bundes für die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für FFW und Sachsen-Anhalt und der nur in den neuen Ländern zur Verfügung gestellten SOBEZ zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die vom Land an die Kommunen weitergeleitet werden - Hartz IV -, die den Landeshaushalt nur durchlaufen, ergibt sich sogar ein Rückgang von 7 %. Dies schlägt trotz des demografischen Effekts erstmals seit 2004 auch auf die Pro-Kopf-Ausgaben durch - im Vergleich zum Niveau der finanzschwachen Westflächenländer hat sich der Abstand pro Kopf von rd. 142 % im Jahr 2003 auf ca. 136 % im Jahr 2007 verringert, siehe Abbildung III.1.1.

Abbildung III.1.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)

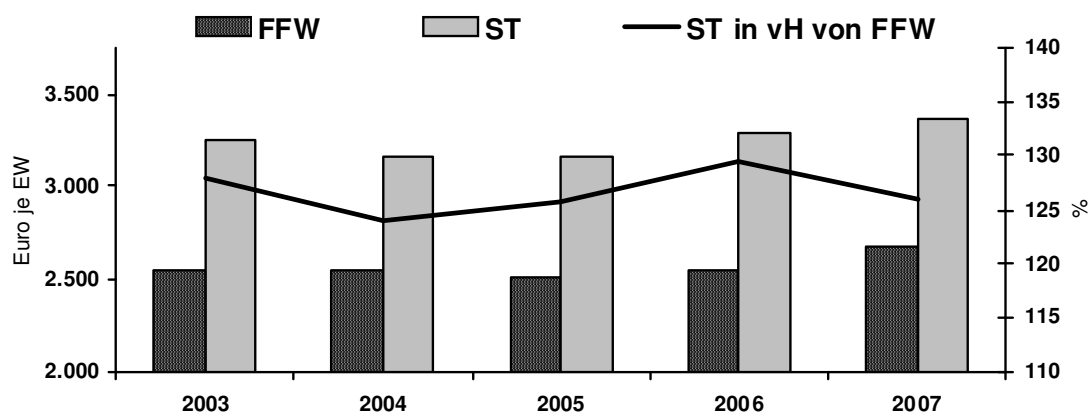


² alle Vergleiche zu den FFW im Folgenden ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden

Ausgaben der laufenden Rechnung

Die Ausgaben der laufenden Rechnung, siehe [Abbildung III.1.2](#), haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert, gegenüber dem Referenzjahr 2003 erfolgte eine Steigerung um rd. 3,5 %, ohne die durchlaufenden Leistungen Hartz IV ergibt sich eine Minderung um rd. 0,9 %. Die verbleibende Erhöhung ist hauptsächlich in den weiter angestiegenen Zins- und Personalausgaben begründet. In den Vergleichsländern West hat in diesem Zeitraum ebenfalls eine Steigerung der Ausgaben der laufenden Rechnung stattgefunden, die Relation hat sich gegenüber dem Vorjahr für Sachsen-Anhalt um fast 4 Prozentpunkte verbessert.

Abbildung III.1.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV) auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich zu den FFW, siehe [Tabelle III.1.1](#), sind insbesondere auf deutlich höhere Zuweisungen an die Kommunen zurückzuführen. Während das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 hierfür je Einwohner ca. 899 Euro³ (ohne Hartz IV 753 Euro) verausgabt hat, wurden in den FFW durchschnittlich nur ca. 636 Euro je Einwohner (ohne Hartz IV 589 Euro) verausgabt. Die vergleichsweise höheren Zuweisungen an die Kommunen sind weiter erforderlich, um die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen und den Kommunen ausreichend Mittel zur Finanzierung überproportionaler Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung zu stellen.⁴

Ebenfalls deutlich über den Vergleichswerten der FFW liegen die laufenden Zuweisungen an andere Bereiche in Sachsen-Anhalt. Zu nennen sind hier zum einen die Ausgaben für Renten und Unterstützungen (um rd. 46 Euro je Einwohner), zum anderen die Zuweisun-

³ Für die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist zu beachten, dass die Zahlungen für die überörtl. Sozialhilfe (Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen) aufgrund einer Umstellung im Buchungsverfahren seit 2007 in der Gruppe veranschlagt sind und somit dem lfd. Sachaufwand zugeordnet werden.

⁴ siehe hierzu Abschnitt IV.2 des Berichts

gen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen (um rd. 208 Euro je Einwohner). **Dies ist Ausdruck des derzeitigen noch hohen Förderniveaus in den neuen Ländern.**

Die weiter steigenden Zinsausgaben als Folge der Neuverschuldung in den vergangenen Jahren haben 2007 dazu geführt, dass Sachsen-Anhalt bereits 80 Euro je Einwohner mehr aufwenden musste als im Durchschnitt die FFW. Hier wird die Landesregierung erst mittel- bis langfristig durch die Rückführung und Beendigung der Neuverschuldung eine Reduzierung bewirken können.

Eine weitere Ausgabenkomponente, die keine Entsprechung in den alten Ländern hat, resultiert aus den Leistungen, welche die neuen Länder im Rahmen des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschaftsüberleitungsgesetz; Ausgaben für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) zu erbringen haben, die immerhin rd. 5 % der laufenden Ausgaben ausmachen. Nach einem kurzzeitigen Rückgang in den Jahren 2003 und 2004 steigen diese Ausgaben zwischenzeitlich wieder an.

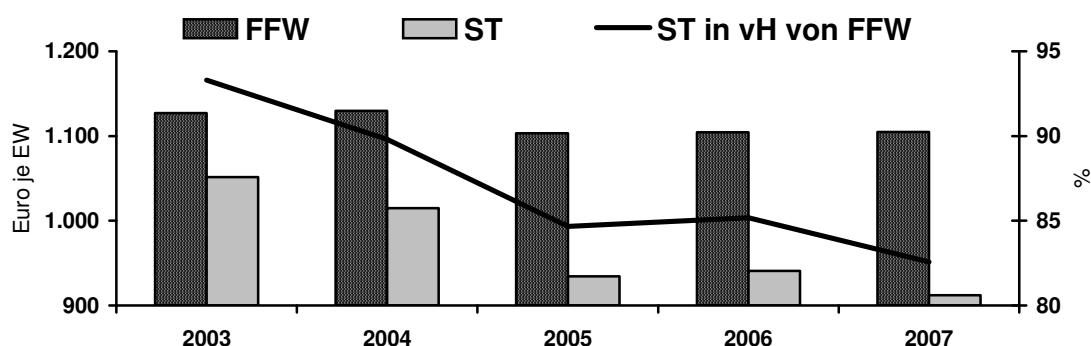
Tabelle III.1.1: Die Struktur der laufenden Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	3.363	100,0	2.673	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	912	27,1	1.105	41,3
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	25	0,7	262	9,8
2.b Bezüge für aktives Personal	887	26,4	843	31,6
3. Zinsausgaben	374	11,1	294	11,0
4. Laufender Sachaufwand	349	10,4	213	8,0
5. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Kommunen	899	26,7	636	23,8
<i>ohne Hartz IV</i>	753		589	
6. Lfd. Zuweisungen an andere Bereiche	661	19,6	425	15,9
-- darunter:				
6.a Renten, Unterstützungen und dgl.	80	2,4	34	1,3
6.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	61	1,8	70	2,6
6.c Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	138	4,1	137	5,1
6.d Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	342	10,2	134	5,0
7. AAÜG-Zahlungen	168	5,0	0	0,0

Personalausgaben

Die Abbildung III.1.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben bis zum Jahr 2007. Die Personalausgaben sind danach seit dem Jahr 2003 absolut um ca. 17 % und je Einwohner - aufgrund der Auswirkungen des Einwohnerrückgangs - um ca. 13 % gesunken. Gleichzeitig wurden vom 1.1.2003 bis 31.12.2007 16.250 Stellen auf der Landesebene abgebaut. Im Personalhaushaltsvollzug 2007 wies Sachsen-Anhalt noch 60.256 Stellen im Planpersonal aus. Das sind 24,7 Stellen je 1000 Einwohner.

Abbildung III.1.3: Personalausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Einmaleffekt Auszahlung Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



Mit Stand 30.06.2006 hatte Sachsen-Anhalt in der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes bezüglich der Vollzeitäquivalente (VZÄ) der Beschäftigten einen Bestand von 57.266. Dies entspricht 23,3 VZÄ je 1.000 Einwohner.

Da die neuen Länder vergleichsweise mehr oder weniger große Personalüberhänge aufweisen, kann sich der Stellenabbau mittel- und langfristig nicht am derzeit bestehenden Durchschnitt aller Flächenländer oder nur der neuen Länder orientieren, sondern eher an den gleichgroßen alten Flächenländern. Bildet man den Durchschnitt der insoweit am ehesten vergleichbaren Länder Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, errechnen sich 20,0 Vollzeitäquivalente je 1.000 Einwohner. Dies stellt die langfristige Zielzahl des im März 2007 beschlossenen Personalentwicklungskonzepts (PEK) der Landesregierung dar. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass auch die Vergleichsländer weiter bemüht sind, ihren Personalbestand zu reduzieren. Daher legt die Landesregierung ihren aktualisierten Langfristplanungen nun eine Zielgröße von 19 VZÄ je 1.000 Einwohner zugrunde.

Die Pro-Kopf-Personalausgaben 2007 liegen um 17 % unter denen der FFW, beim Vergleich der Aufwendungen für aktives Personal je Einwohner, d.h. Personalausgaben ohne

Versorgungsausgaben - siehe Tabelle III.1.2, liegen aber die Personalausgaben auf Landesebene in Sachsen-Anhalt noch um ca. 5 % über dem Durchschnittswert der FFW. Zum Teil ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der in Sachsen-Anhalt wie auch anderen neuen Ländern nicht erfolgten Verbeamtung der Lehrer gegenwärtig höhere Ausgaben je Stelle anfallen, wodurch im Gegenzug allerdings künftige Pensionsbelastungen reduziert werden. Dies ist bei einer Bewertung des gegenwärtigen Ausgabevolumens zu berücksichtigen, weil dadurch die Vergleichbarkeit der Zahlen eingeschränkt wird. Zudem differieren auch die Ausgaben der einzelnen FFW-Länder deutlich. Durch die **konsequente Umsetzung weiterer Stellenrückführungen in Sachsen-Anhalt bis 2011 auf rund 55.000 Stellen** wird der Abstand zu den Vergleichsländern aber weiter verringert.

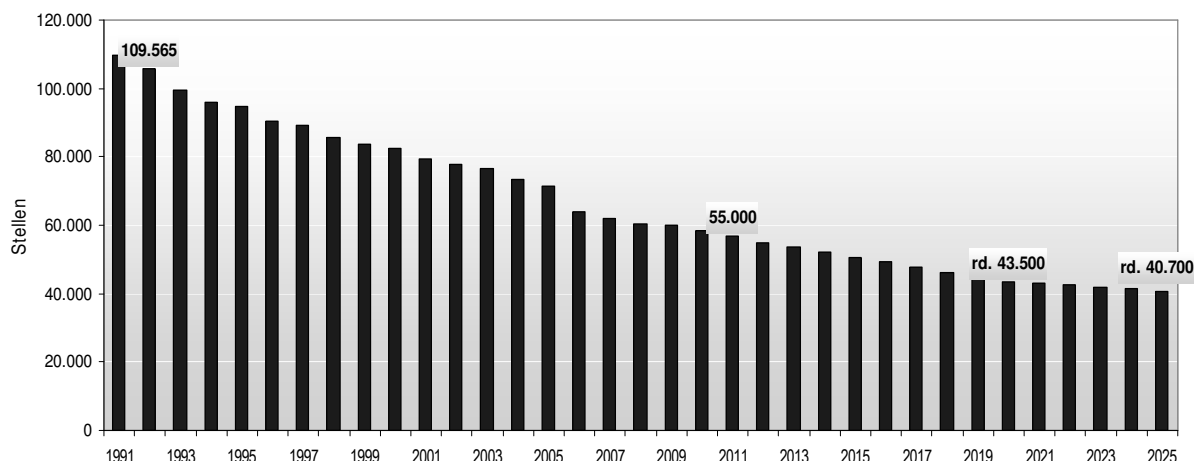
Tabelle III.1.2: Personalausgaben insgesamt und für aktives Personal auf Landesebene im Jahr 2003 und 2007 in Euro je Einwohner

	Personalausgaben insgesamt			Ausgaben für aktives Personal (Personalausgaben minus Versorgungsausgaben)		
	2003	2007	2007/2003 in %	2003	2007	2007/2003 in %
ST	1.052	912	86,7	1.040	887	85,2
FFW	1.127	1.105	98,0	891	843	94,7

Entsprechend dem von der Landesregierung am 2. September 2008 beschlossenen Personalentwicklungskonzept soll sich der Stellenbestand des Landes im Zeitraum bis 2011 um insgesamt rund 7.000 auf 55.000 Stellen und bis 2020 auf 43.000 Stellen verringern, s. Abbildung III.1.4. Damit wird der Stellenbestand in der Landesverwaltung auf das Durchschnittsniveau der finanzschwachen Flächenländer West zurückgeführt und die Grundlage dafür geschaffen, dass sich auch die Personalausgaben je Einwohner weiter denen der Vergleichsländergruppe annähern werden. Nach dem Jahr 2020 soll der Stellenbestand entsprechend dem PEK der voraussichtlichen demografischen Entwicklung angepasst und einem erneuten Anstieg der Personalausgaben auf diese Weise entgegengewirkt werden.

Verbeamtungen werden künftig auf die Aufgabenbereiche beschränkt, in denen dies unbedingt erforderlich ist. Gleichzeitig werden ab 2007 für Neuverbeamtungen Pensionsrücklagen gebildet. Beide Maßnahmen werden die Ausgaben kurz- und mittelfristig erhöhen, jedoch langfristig eine Entlastung bewirken.

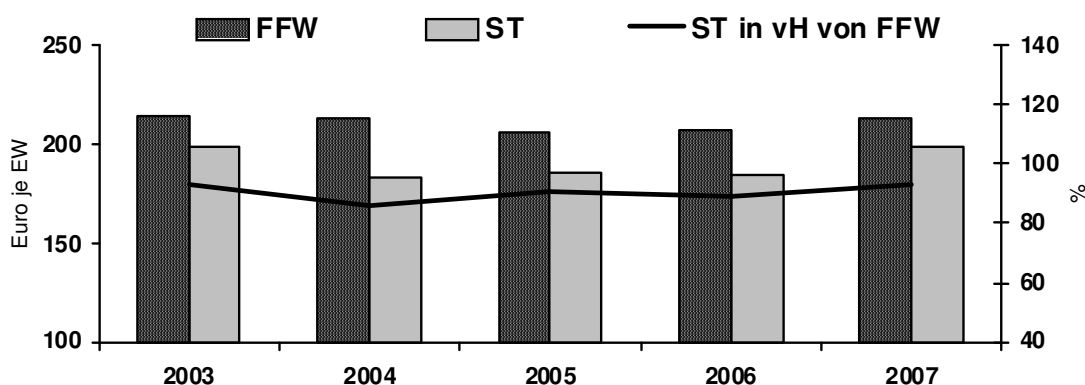
Abbildung III.1.4: Entwicklung des Personals (VZÄ) bis 2025 entsprechend PEK 2008



Laufender Sachaufwand

Die Abbildung III.1.5 zeigt die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand. Hier hat sich der Abstand im Vergleich zu den FFW in den Jahren von 2003 bis 2007 rückläufig entwickelt und seit 2003 die Ausgaben der FFW unterschritten. Dies liegt teilweise auch an der Gründung von Landesbetrieben sowie der Globalisierung der Mittel für die Universitäten und Fachhochschulen. Jedoch haben auch die FFW-Länder in zum Teil nennenswertem Umfang Ausgliederungen vorgenommen. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit den Vorjahren werden die Zahlungen für die überörtliche Sozialhilfe (Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen), die aufgrund einer Umstellung im Buchungsverfahren seit 2007 in der Gruppe 671 gebucht werden und somit dem lfd. Sachaufwand zugeordnet werden, entsprechend bereinigt.

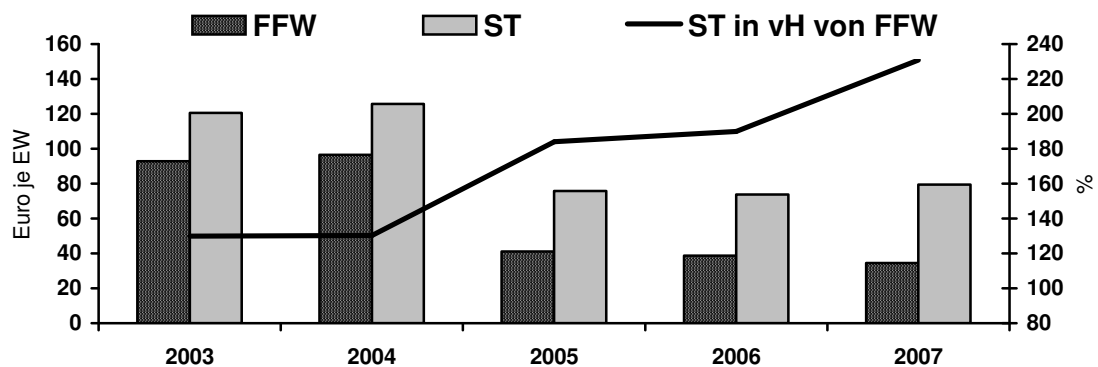
Abbildung III.1.5: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf Landesebene im Vergleich zu den FFW
 (bereinigt um Zahlungen für die überörtl. Sozialhilfe - Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen - wegen systematischer Umstellung in die Gruppe 671 ab 2007)



Sozialausgaben

Abbildung III.1.6 zeigt das Niveau der Sozialausgaben (im engeren Sinne, d.h. Renten, Unterstützungen und dgl.) im Land Sachsen-Anhalt gegenüber den FFW. Sichtbar wird, dass die Belastung des Landeshaushaltes 2007 bereits mehr als doppelt so hoch war als in den FFW (im Durchschnitt). Dies wird im Vergleich zu den FFW allerdings teilweise durch noch geringere Belastungen der kommunalen Ebene (siehe Abbildung III.2.5) ausgeglichen.

Abbildung III.1.6: Pro-Kopf-Ausgaben für Renten, Unterstützungen und dgl. auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Gegenüber dem Jahr 2003 haben sich die dargestellten Sozialausgaben im Land Sachsen-Anhalt 2007 um rd. 34 % vermindert. Die Verringerung beruht auf den gesunkenen Ausgaben nach dem Wohngeldgesetz, die sich durch die Reformen am Arbeitsmarkt ergeben. Eine deutliche Verringerung der Sozialausgaben (- 63 %) hat auch in den FFW stattgefunden. Die auf Landesebene eingesparten Mittel werden jährlich den Kommunen in einer gesonderten Zuweisung auf der Grundlage der Vereinbarungen zum 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt.

Aufwendung im Rahmen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)

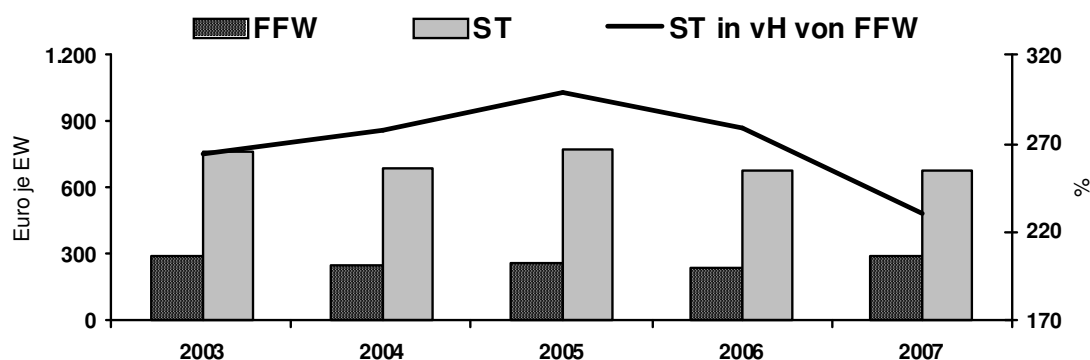
In der Tabelle III.1.1 wurden bei den laufenden Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt die Zahlungen zur Finanzierung von Rentenansprüchen, die im Rahmen des AAÜG gesetzlich geregelt sind, ausgewiesen. Diese Ausgaben sind in allen neuen Ländern seit Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2002 explosionsartig gestiegen und steigen auch gegenwärtig weiter an. Sie betragen derzeit je Einwohner mehr als das Doppelte der Ausgaben des Jahres 1995 und machen für Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich rd. 409 Mio. Euro bzw. rd. 5 % der laufenden Ausgaben aus.

Bei den AAÜG-Zahlungen handelt es sich um eine einigungsbedingte Sonderlast. Diese sind nicht mit den Pensionslasten der alten Länder vergleichbar, da hier (insbesondere in der Zusatzversorgung) viele Berufsgruppen aus der DDR versorgt werden, die nicht zum öffentlichen Sektor zu rechnen sind (z.B. Künstler und sogenannte „technische Intelligenz“). Zahlungstechnisch sind die gesetzlichen Rentenversicherungen für die Rentenauszahlungen im Rahmen des AAÜG zuständig. Diese Aufwendungen – einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufwendungen – werden den Rentenversicherungsträgern vom Bund erstattet. Der Bund wiederum lässt sich – gemäß dem Einigungsvertrag – die auf die neuen Länder entfallenden Anteile (ca. zwei Drittel) von diesen im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen erstatten. **Die Höhe der AAÜG-Lasten entspricht in Sachsen-Anhalt rd. 25 % der SOBEZ. Diese Mittel fehlen dem Land Sachsen-Anhalt und auch den anderen neuen Ländern bei der weiteren Gestaltung des Aufbaus Ost. Deshalb wird der Bund seine Beteiligung an den Zahlungen für die Zusatzversorgungssysteme von bislang 33,3 % sukzessive bis auf 40 % im Jahr 2010 erhöhen.**

Investive Ausgaben

Die Ausgaben der Kapitalrechnung, siehe Abbildung III.1.7, sind auf Landesebene gegenüber 2002 rückläufig, sie betragen im Jahr 2007 je Einwohner aber immer noch rd. 678 Euro und damit rd. 230 % des FFW-Niveaus. Auch hier haben die Zuweisungen an die Kommunen einen maßgeblichen Anteil.

Abbildung III.1.7: Ausgaben der Kapitalrechnung auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe)



Die Tabelle III.1.3 zeigt die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2007. Auf Landesebene wurden in Sachsen-Anhalt rd. 40 % der investiven Ausgaben in Form von Investitionszuweisungen an die kommunale Ebene geleistet. Dabei lagen die Pro-Kopf-Zuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei 273 % des Niveaus in den finanzschwachen Westflächenländern, was auch auf die insgesamt höheren Investitionsausgaben zurückzuführen ist. Deutliche Unterschiede bei den investiven Ausgaben zwischen

dem Land Sachsen-Anhalt und den FFW sind auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen an andere Bereiche zu verzeichnen, wobei auf Landesebene insbesondere betriebliche Investitionsfördermaßnahmen, z.B. im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, den Hauptanteil ausmachen. Die Sachinvestitionsausgaben betragen im Jahr 2007 107 Euro je Einwohner und lagen damit bei rd. 324 % der Sachinvestitionsausgaben der FFW.

Tabelle III.1.3: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	678	100,0	294	100,0
-- davon:				
2. Sachinvestitionen	107	15,8	33	11,2
3. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden/ GV	270	39,8	99	33,7
4. Sonstige investive Zuweisungen und Zuschüsse	301	44,4	162	55,1

Bei den für die Schließung der Infrastrukturlücke bedeutsamen Sachinvestitionen konnte in den letzten Jahren ein Rückgang aufgrund der extremen Konsolidierungserfordernisse nicht vermieden werden. Im Jahr 2007 war darüber hinaus die späte Verabschiedung des Operationellen Programms der EU maßgeblich für den geringeren Mittelabfluss. So konnten von geplanten 312 Mio. Euro für Sachinvestitionen im Rahmen des EFRE IV nur 259 Mio. Euro tatsächlich noch 2007 umgesetzt werden. Da in den FFW die Sachinvestitionen auf Länderebene ebenfalls deutlich gesunken sind, wurden im Ergebnis 2007 in Sachsen-Anhalt rd. 241 Mio. Euro mehr verausgabt als in den Vergleichsländern West, in den Jahren 2003 bis 2007 waren es insgesamt 733 Mio. Euro⁵.

Zahlungen an die Gemeinden/ Gemeindeverbände (GV)

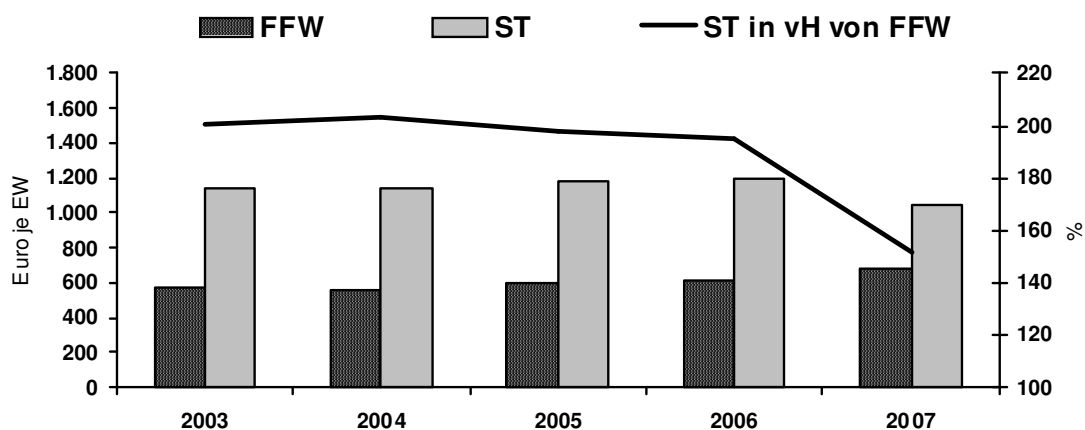
Eine wesentliche Ausgabenkomponente sind gerade in den neuen Ländern die Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. In Sachsen-Anhalt wurden 2007 rd. 29 % der Gesamtausgaben des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände geleistet, in den FFW betrug der Anteil rd. 25 %. In den Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände sind sowohl Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke als auch Vermögensübertragungen des Landes an die

⁵ Hochrechnung des Pro-Kopf-Unterschiedes mit der Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts

Kommunen (Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) enthalten. Da die Struktur der Zahlungen der Länder an ihre Kommunen im Hinblick auf laufende Zuweisungen/Zuschüsse auf der einen Seite und Vermögensübertragungen (investive Zuweisungen) auf der anderen Seite sehr unterschiedlich ist, werden beide Komponenten in der Abbildung III.1.8 zusammen betrachtet. Wie die Abbildung zeigt, liegen die Zahlungen je Einwohner gerechnet etwa eineinhalb mal so hoch wie in den FFW. Ursache für den deutlichen Niveaurückgang 2007 ist die bereits beim laufenden Sachaufwand dargestellte Umstellung bei den Zahlungen für die überörtliche Sozialhilfe.

Grund für die hohen Zahlungen des Landes an seine Kommunen ist die weiterhin unterproportionale Finanzkraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt und die Notwendigkeit, die Kommunen finanziell durch hohe Zuweisungen zur Durchführung überdurchschnittlicher Investitionen zum Abbau der infrastrukturellen Defizite im Land zu befähigen (vgl. Abschnitt IV.2).

Abbildung III.1.8: Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Gemeinden/GV inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs je Einwohner (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



Aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen erhalten die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich 22,3 %, das waren im Jahr 2007 rd. 364 Mio. Euro. Für den Nachweis der SOBEZ-Verwendung sind entsprechend der in Abschnitt IV.2 dargestellten Berechnung jedoch nur rd. 166 Mio. Euro, das sind etwa 46 % der tatsächlich vom Land gezahlten Mittel, zu berücksichtigen.

III.1.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

Die Tabelle III.1.4 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2007. Das Land Sachsen-Anhalt verbuchte bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von 4.092 Euro je Einwohner (ohne Einnahmen Hartz IV 3.824 Euro je Einwohner), die damit rd. 43 % (ohne Einnahmen Hartz IV 36 %) über denen der FFW lagen. Von den Gesamteinnahmen entfielen etwa 51 % auf Steuereinnahmen, während in den FFW der Steueranteil bei ca. 75 % lag. Die höheren Gesamteinnahmen gegenüber den FFW werden wesentlich durch höhere Zuweisungen vom Bund und von der EU bestimmt. Allein ca. 17 % der Einnahmen des Landes entfallen auf die SOBEZ.

Tabelle III.1.4: Struktur der Einnahmen im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen	4.092	100,0	2.857	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	2.077	50,8	2.150	75,3
3. Einnahmen aus dem LFA	265	6,5	60	2,1
4. Zahlungen vom Bund	1.326	32,4	278	9,7
-- darunter:				
Einnahmen Hartz IV	268	6,5	47	1,6
SOBEZ	672	16,4		
5. Verwaltungseinnahmen	150	3,7	268	9,4
-- darunter:				
Vermögensveräußerungen	4	0,1	64	2,2

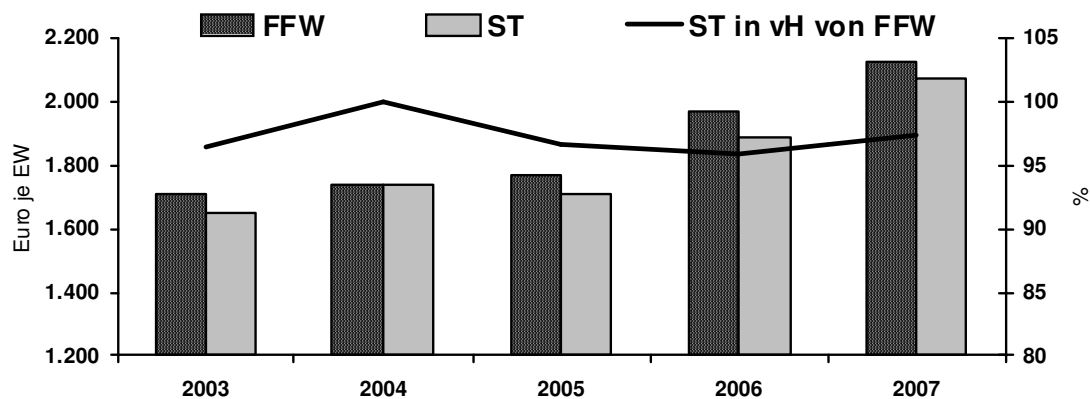
Steuereinnahmen

Die *originäre* Steuerkraft ist in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 gegenüber den Vorjahren weiter gestiegen, jedoch liegt dies gemessen an den FFW-Ländern nur bei 48 %.

Auch nach Umsatzsteuerverteilung haben die Pro-Kopf-Steuereinnahmen auf Landesebene das Niveau der finanzschwachen Westflächenländern noch nicht erreicht, siehe Abbildung III.1.9, obwohl das Pro-Kopf-Steueraufkommen 2007 gegenüber dem Jahr 2003 ins-

gesamt in Sachsen-Anhalt um 26 % gestiegen ist (FFW um 24 %). Je Einwohner lag Sachsen-Anhalt 2007 nur bei 97,4 % gemessen an den Steuereinnahmen je Einwohner der finanzschwachen Westflächenländer. Die Steuereinnahmen im Jahr 2007 nahmen gegenüber dem Vorjahr eine positive Entwicklung (+ 8,6 %). Das Pro-Kopf-Aufkommen hat, obwohl ein hoher Einwohnerrückgang zu verzeichnen ist (rd. 28.000 Einwohner), gegenüber dem Jahr 2006 um 186 Euro⁶ zugenommen und gegenüber dem Vergleichszeitraum 2003 um 423 Euro.

Abbildung III.1.9: Steuereinnahmen auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Auf der Landesebene entfallen allein 68 % des Steueraufkommens in Sachsen-Anhalt auf die Umsatzsteuer; in den FFW-Ländern liegt diese Quote bei lediglich 44 %. Dies ist eine Folge des Umsatzsteuerausgleichs. Die Umsatzsteuer wird im Länderfinanzausgleich nach den Einwohnern eines Landes und dem Durchschnitt aller Länder verteilt. Da Sachsen-Anhalt nach wie vor Einwohnerverluste zu verzeichnen hat, fehlten dem Land im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr 70 Mio. Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Bei den Gemeinschaftsteuern lag das Aufkommen in Sachsen-Anhalt erheblich unter den Pro-Kopf-Einnahmen in den FFW-Ländern (bei 58 %), bei den Landessteuern erreichte Sachsen-Anhalt einen Vergleichswert von 64 %.

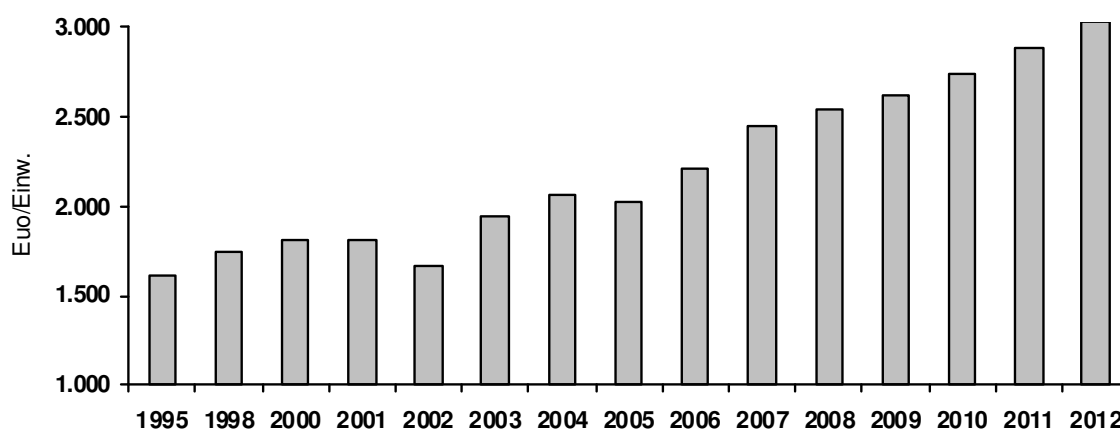
In absoluten Werten hat das Steueraufkommen in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Jahr 2003 um rd. 850 Mio. Euro zugenommen. Im Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr enthalten sind gut 100 Mio. Euro (2007) aus der Körperschaftsteuerzerlegung, aber auch das Lohnsteueraufkommen und die veranlagte Einkommensteuer haben eine Steigerung erfahren. Bei der veranlagten Einkommensteuer führte die Verringerung der ausgezahlten Investitionszulagen, Rückgang bei den Erstattungen im Arbeitnehmerbereich nach § 46 EStG

⁶ Dies wird auch durch eine Nachzahlung im Zerlegungsaufkommen der Körperschaftsteuer des Jahres 2006 verursacht (52 Euro je Einw.).

und durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zu diesem positiven Ergebnis. Weitere Ursachen gab es durch steuerrechtliche Veränderungen und durch ansteigende konjunkturelle Entwicklungen im Land Sachsen-Anhalt. Die Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 Umsatzsteuerpunkte hatte noch keine volle Jahreswirkung.

In Abbildung III.1.10 werden die mittelfristig zu erwartenden **Pro-Kopf**-Steuereinnahmen für Sachsen-Anhalt dargestellt. Gegenüber 2007 ergibt sich bis 2012 eine durchschnittliche erwartete Zuwachsrate von rd. 4,4 % (dagegen ergibt sich für das absolute Aufkommen einen Zuwachs um rd. 3,3 %).

Abbildung III.1.10: Entwicklung der Steuereinnahmen/ Einnahmen aus LFA und Fehl-BEZ je Einwohner auf Landesebene bis 2012



Leistungen des Bundes

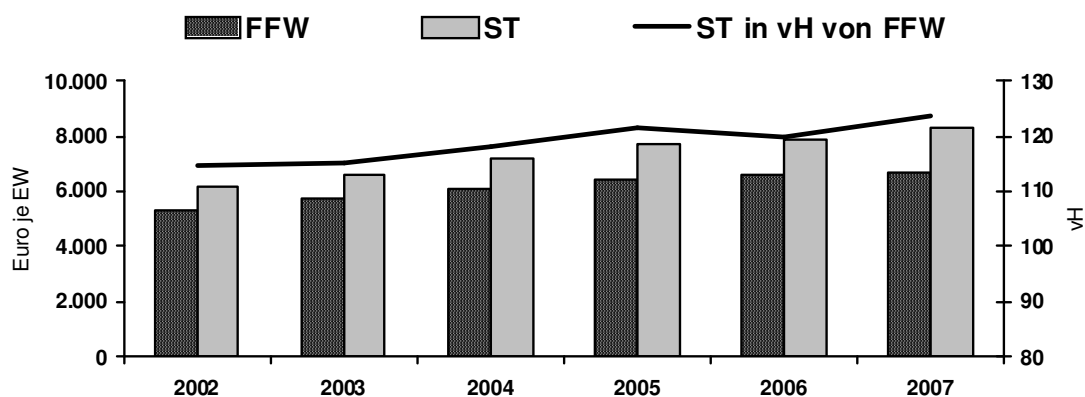
Das Land Sachsen-Anhalt empfing im Jahr 2007 Zahlungen vom Bund in Höhe von rd. 1.326 Euro je Einwohner, davon rd. 672 Euro je Einwohner aus den SOBEZ (Korb 1 des Solidarpakts II). Im Vergleich hierzu ergab sich für die finanzschwachen Flächenländer West ein Betrag in Höhe von rd. 278 Euro je Einwohner. Wie der Tabelle III.1.4 zu entnehmen ist, beliefen sich diese Zahlungen im Jahr 2007 auf rd. 32 % der Gesamteinnahmen des Landes. Ohne SOBEZ beträgt der Anteil rd. 16 %, in den FFW rd. 10 % der Einnahmen.

III.1.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt

Im gesamten Vergleichszeitraum liegen die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt über dem Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer, siehe Abbildung III.1.11. Am 31.12.2007 betrug der Schuldenbestand auf Landesebene nach Abgrenzung der Schuldenstatistik 8.269 Euro (FFW: 6.682 Euro) je Einwohner. Am Ende des Haushaltsjahres 2007 (Stand 10. März 2008) waren es jedoch nur 8.164 Euro je Einwohner, da ein Betrag von 253 Mio. Euro (104 Euro/ Einw.) zur Haushaltsdeckung nicht benötigt und daher getilgt wurde. **Somit wurden im Haushaltsjahr 2007 erstmals in der Geschichte des Landes keine neuen Schulden aufgenommen.**

Ca. ein Drittel der Schulden des Landes am Ende des Jahres 2007 entstammt den Jahren von 1991 bis 1994. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt und auch der anderen neuen Länder in den Jahren vor der Einbeziehung der neuen Länder in das Finanzausgleichssystem eindeutig zu gering war und den aufbaubedingten Ausgabenerfordernissen nicht entsprochen hat.⁷

Abbildung III.1.11: Pro-Kopf-Schulden auf Landesebene am 31.12. in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW⁸



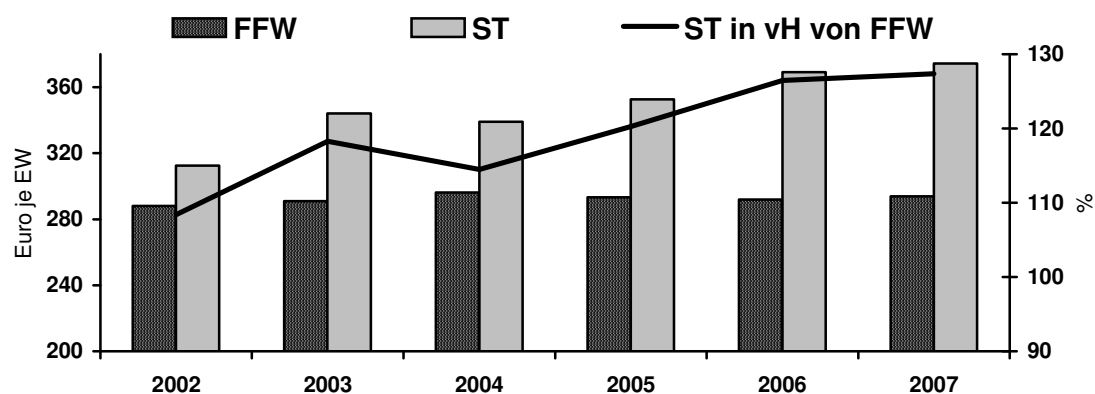
Im tatsächlichen Ergebnis konnte die Relation gegenüber den FFW leicht verbessert werden, da Sachsen-Anhalt 2007 erstmals ohne neue Schulden ausgekommen ist.

⁷ In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass in den frühen 90er Jahren auch argumentiert wurde, dass die neuen Länder – da sie mit einem Schuldenstand von nahezu Null „gestartet“ waren – auch das Verschuldungsinstrument zur Finanzierung des Aufbaus einsetzen sollten.

⁸ Eine zusätzliche Verzerrung der Relation zum Vorjahr, auch im Vergleich zu den FFW, wird durch den Umstand bewirkt, dass 2006 rd. 530 Mio. Euro nicht am 31.12. im Schuldenstand des Landes Sachsen-Anhalt enthalten waren, sondern erst zu Beginn 2007 aufgenommen wurden.

Die insgesamt hohe Schuldenbelastung des Landes Sachsen-Anhalt führte im Jahr 2007 zu Zinszahlungen, die bei ca. 374 Euro je Einwohner (FFW: 294 Euro je Einwohner) lagen. Die Zinsausgaben binden bereits rd. 9 % der laufenden Ausgaben des Landes und belasten die beabsichtigte Konsolidierung des Landeshaushaltes in deutlichem Maße. Im Verhältnis zu den FFW, siehe Abbildung III.1.12, lag das Zinsausgabenniveau 2007 bei rd. 127 %.

Abbildung III.1.12: Zinsausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Begrenzung der Neuverschuldung

In den Jahren bis 2007 wurden insbesondere folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung umgesetzt:

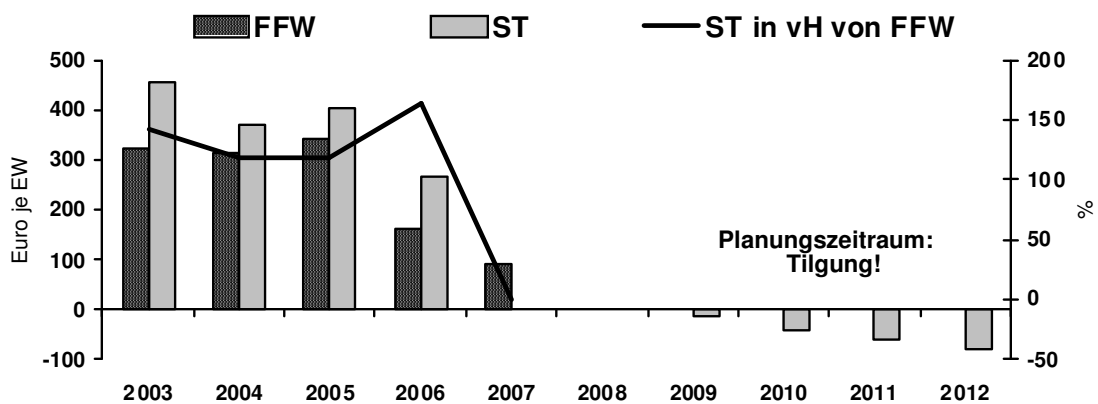
- ein fortgesetzter jährlicher Stellenabbau von rd. 2.000 Stellen,
- die Streichung der Sonderzuwendungen der Beamten und Arbeitszeitverkürzung bis zu 7,5 % im Tarifbereich bei entsprechender Kürzung der Vergütung,
- Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes (insbesondere Kürzung der Zuweisungen für Kindertagesstätten nach dem KifÖG um rd. ein Viertel, Absenkung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich),
- Beginn einer Verwaltungs- und Funktionalreform in Sachsen-Anhalt.

Ziel der Landesregierung ist es, zur Verringerung der Schuldenbelastung die Neuverschuldung konsequent weiter zurückzuführen und künftig keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 hat die Landesregierung erstmals in der Geschichte des Landes eine Nettotilgung für das Jahr 2009 beschlossen. Neben der guten Entwicklung der Steuereinnahmen tragen weitere Konsolidierungsmaßnahmen, wie das fortgeschriebene Personalentwicklungskonzept und zahlreiche Einzelmaßnahmen, dazu bei.

Der Bund ist aufgefordert, die Länder durch die Verringerung bundesgesetzlicher Standards bei der weiteren Konsolidierung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge des Bundesrates konstruktiv zu prüfen.

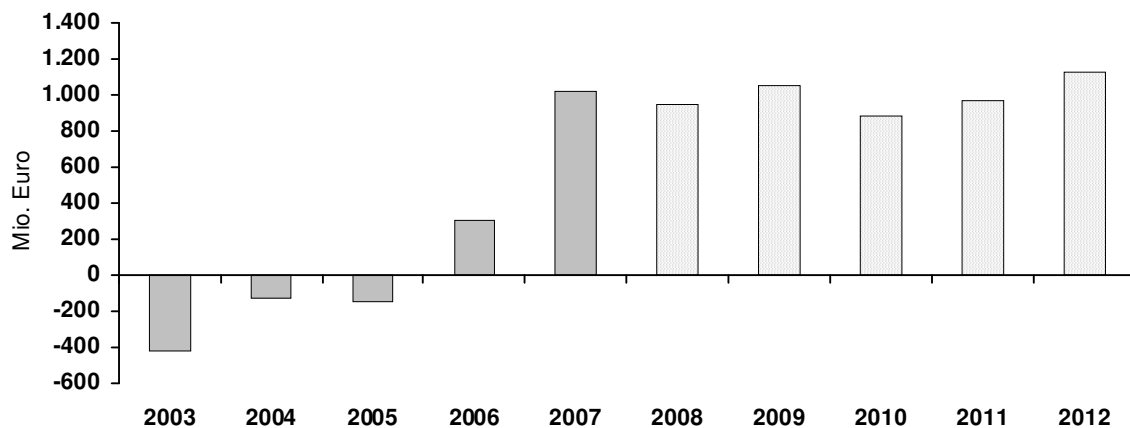
Abbildung III.1.13 zeigt die bisherige sowie die geplante Entwicklung der Neuverschuldung in Sachsen-Anhalt entsprechend der von der Landesregierung am 2. September 2008 beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2012.

Abbildung III.1.13: Neuverschuldung auf Landesebene in Euro je Einwohner (Fehlbeiträge dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



Damit verbunden ist auch der Übergang von Primärdefiziten zu steigenden Primärüberschüssen⁹. Die entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2012 geplante Entwicklung des Primärsaldos zeigt Abbildung III.1.14.

Abbildung III.1.14: Entwicklung des Primärsaldos in Sachsen-Anhalt



⁹ Der Primärsaldo ist der Saldo zwischen bereinigten Einnahmen ohne Veräußerungserlöse und bereinigten Ausgaben ohne Zinsausgaben. Er gibt an, wie die aktuellen Ausgaben eines Jahres ohne "Erblasten" durch die jeweiligen Einnahmen gedeckt werden können. Erst bei einem Primärüberschuss ist dies vollständig möglich.

Für die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen werden Eingriffe in die Förder- und Sachhaushalte, aber insbesondere in die Personalhaushalte unerlässlich sein. Entsprechend wurde die Zielzahl des Personalentwicklungskonzepts nochmals von 20 auf 19 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner korrigiert, um weitere Einsparbeiträge zu ermöglichen.

Anzumerken ist aber grundsätzlich, dass die Sichtweise, dass öffentliche Konsumausgaben allgemein als eher „schlecht“ anzusehen sind, während öffentliche Investitionsausgaben als „gut“ angesehen werden, deutlich zu kurz greift. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird eine Bewertung der Ausgaben an ihrer Zukunftswirksamkeit erfolgen. Hier haben Ausgaben für Bildung und Wissenschaft trotz überwiegend konsumtiver Veranschlagung eine hohe Priorität. Eine ähnliche Einschätzung hat übrigens auch die Bundesregierung in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 getroffen (vgl. dort, S. 44, bzw. S. 54 dieses Berichts).

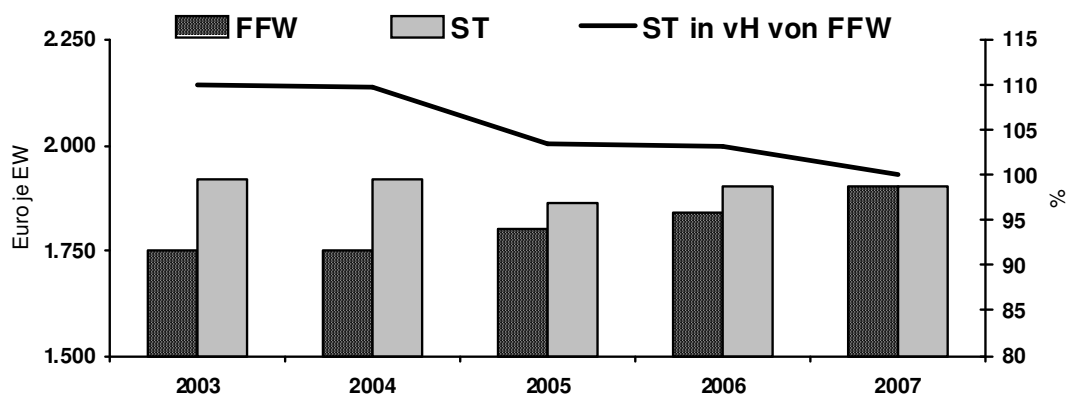
III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene

III.2.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben der Kommunen¹⁰ des Landes Sachsen-Anhalt, siehe Abbildung III.2.1, sind in den vergangenen Jahren sowohl absolut als auch in Relation zu den Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern gesunken. Während diese 2003 noch ca. 10 % über den FFW-Werten lagen, ist 2007 ein Gleichstand eingetreten.

Abbildung III.2.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben der kommunalen Ebene (ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

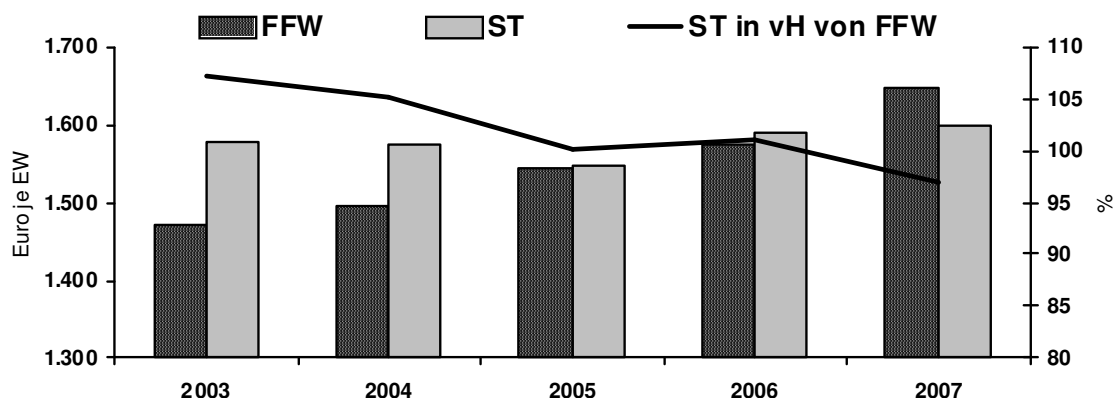


Ausgaben der laufenden Rechnung

Auf kommunaler Ebene sind die Ausgaben der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt gegenüber 2003 um ca. 21 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.2.2. Der Zuwachs fiel allerdings deutlich geringer aus als in den FFW-Kommunen (rd. 49 Euro je Einwohner). **Nachdem 2003 der Abstand zum FFW-Niveau noch etwa 7 Prozentpunkte betrug, liegen die laufenden Ausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt nunmehr etwa 3 Prozentpunkte unter dem Niveau in den Vergleichsländern.**

¹⁰ Im Jahresvergleich ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden. In der kommunalen Kassenstatistik werden die Leistungen der Fluthilfe nicht gesondert erfasst. Daher wurden hier die vom Land geleisteten Beträge berücksichtigt.

Abbildung III.2.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) je Einwohner auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Die Tabelle III.2.1 zeigt die Hauptkomponenten der laufenden Ausgaben sowie die Ausgabenanteile im Jahr 2007 auf der Kommunalebene. Die laufenden Ausgaben der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt liegen um 51 Euro je Einwohner unter denen der FFW-Kommunen, wobei erhebliche Strukturunterschiede zu beobachten sind. So sind die Aufwendungen für aktives Personal in den Kommunen des Landes um 115 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben für aktives Personal in Sachsen-Anhalt stärker gesunken als in den FFW-Ländern. In Sachsen-Anhalt wurde bei der kommunalen Verwaltung in 2007 ein deutlich stärkerer Rückgang verzeichnet als in 2006.

Das in Sachsen-Anhalt höhere Niveau der Ausgaben für *aktives* Personal wird wesentlich dadurch verursacht, dass in den neuen Ländern immer noch mehr Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft geführt werden. Daher sind auch die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand höher als in den FFW-Kommunen; hier war der Unterschied zwischen Sachsen-Anhalts Kommunen und den FFW-Kommunen 2007 aber ebenfalls geringer als im Vorjahr. Dagegen sind - aufgrund des höheren Anteils von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft - bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt und auch in den anderen neuen Ländern die *Zuschüsse* an soziale Einrichtungen derzeit geringer als in den Kommunen in den Vergleichsländern West. Auch die Sozialausgaben liegen unter dem Niveau der FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben liegen um 4 % über dem Durchschnitt der Vergleichsländer.

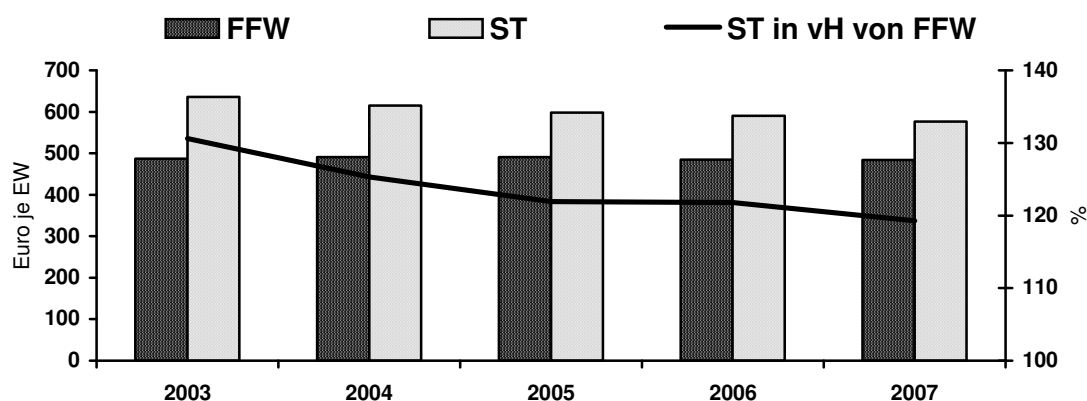
Tabelle III.2.1: Struktur der laufenden Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	1.598	100,0	1.649	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	577	36,1	484	29,3
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	36	2,2	58	3,5
2.b Bezüge für aktives Personal	541	33,8	426	25,8
3. Zinsausgaben	73	4,5	70	4,3
4. laufender Sachaufwand	394	24,6	377	22,9
5. laufende Zuweisungen an andere Bereiche	521	32,6	657	39,9
-- darunter:				
5.a Renten und Unterstützungen	365	22,8	510	30,9
5.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	70	4,4	95	5,8

Personalausgaben

Die Abbildung III.2.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben in Euro je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW. **Die Kommunen des Landes haben seit 2003 die Personalausgaben trotz der deutlichen nominalen Tariflohnsteigerungen um mehr als 200 Mio. Euro reduziert. Auch im Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben zu den FFW-Kommunen ist ein erheblicher Rückgang der Personalausgaben auf kommunaler Ebene zu erkennen.** Lagen die Personalausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Jahr 2003 noch bei 130 % des Westwertes, sind diese zwischenzeitlich auf ca. 119 % gesunken. Hierbei ist zu beachten, dass gerade die Kommunen nach der Wende in erheblichem Umfang Personalüberbestände aus Einrichtungen der DDR sowohl im Verwaltungs- als auch im Sozialbereich übernommen haben, die nur sukzessive abgebaut werden können. Auch hohe Betreuungsstandards und eine überdurchschnittliche Versorgungsquote im Bereich der Kinderbetreuung sind ein Grund für überdurchschnittliche Ausgaben. Weiterhin sind Unterschiede in der kommunalen Verwaltungsstruktur zu berücksichtigen. Der in Abbildung III.2.3 deutlich sichtbare Rückgang in Relation zu den FFW ist Ausdruck der noch fortdauernden Anpassungsprozesse.

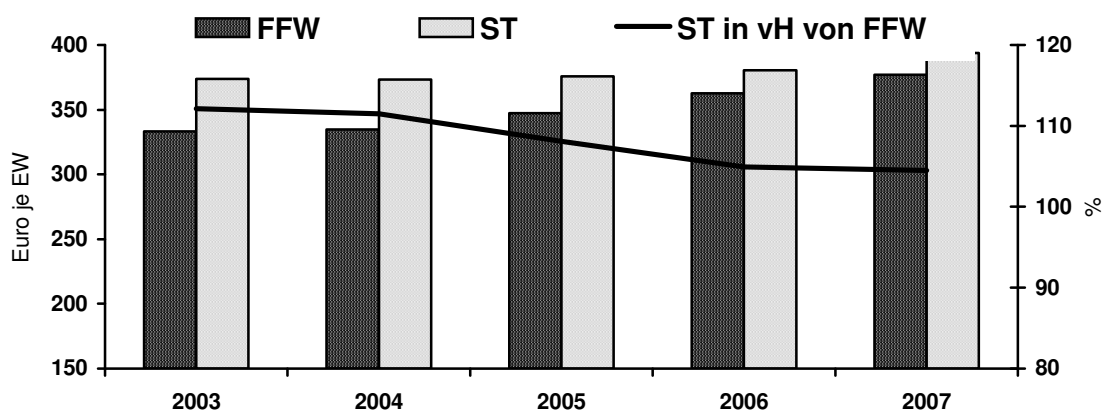
Abbildung III.2.3: Pro-Kopf-Personalausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Laufender Sachaufwand

Die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand lagen im Jahr 2007 in den Kommunen Sachsen-Anhalts je Einwohner um ca. 17 Euro über denen der FFW-Kommunen. Die Ursachen liegen, wie bereits erwähnt, im höheren Anteil von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. Der Abstand hat sich in den letzten Jahren reduziert, siehe [Abbildung III.2.4](#), da der Anstieg bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt unter dem Anstieg des laufenden Sachaufwandes in den FFW-Kommunen gehalten werden konnte.

Abbildung III.2.4: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW

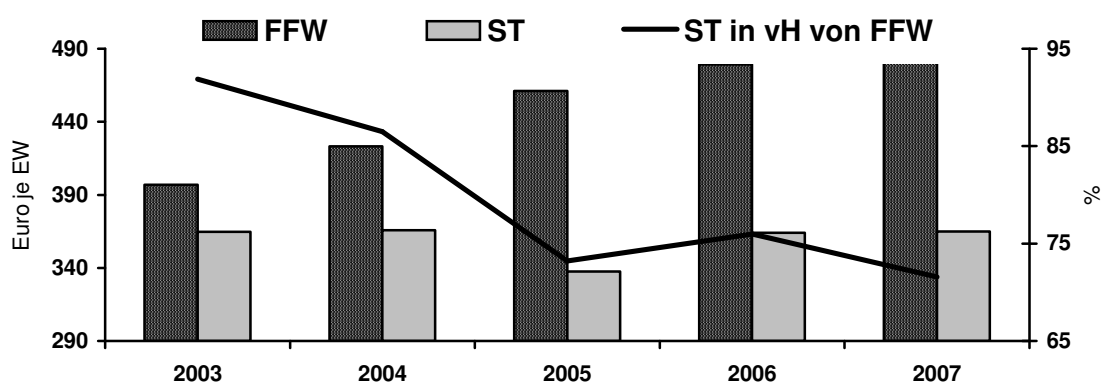


Sozialausgaben

[Abbildung III.2.5](#) zeigt die Sozialausgaben auf kommunaler Ebene seit dem Jahr 2003 in Sachsen-Anhalt und den FFW. In Sachsen-Anhalt liegen die Ausgaben der Kommunen für

soziale Leistungen je Einwohner in 2007 auf dem Niveau des Jahres 2003. Der Anstieg von 2005 nach 2007 beträgt rd. 8 %. Die sozialen Leistungen der Kommunen der Jahre 2005 bis 2007 sind mit den Vorjahren wegen der Neuregelungen im SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - und wegen der Änderung des Buchungsverfahrens bei der überörtlichen Sozialhilfe ab 1. Januar 2005, wodurch die Ausgaben etwa um 380 Mio. Euro zurückgingen, nur bedingt vergleichbar. Zudem ist anzumerken, dass ein Vergleich unter den Ländern wegen unterschiedlicher Zuständigkeitsregelungen zwischen Land und Kommunen bei der überörtlichen Sozialhilfe sowie unterschiedlicher Buchungsverfahren nur eingeschränkt Aussagekraft hat. Durch die Neuregelungen im SGB II wurde der Anstieg der sozialen Leistungen jedoch abgeschwächt.

Abbildung III.2.5: Pro-Kopf-Sozialausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Investive Ausgaben

Seit 2003 sind die Ausgaben der Kapitalrechnung - ohne Fluthilfe - um ca. 113 Euro je Einwohner gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die niedrigeren Sachinvestitionen der Kommunen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen. Trotzdem ist festzustellen, dass im Jahr 2007 im Verhältnis zu den Kommunen der FFW-Länder um etwa 15 % höhere Sachinvestitionen getätigt wurden.

Tabelle III.2.2: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	306	100,0	255	100,0
-- darunter:				
2. Sachinvestitionen	244	79,7	212	83,1
3. Vermögensübertragungen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	42	13,7	21	8,2

Tabelle III.2.2 zeigt die Struktur der investiven Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene. Die Sachinvestitionsausgaben lagen im Jahr 2007 in Sachsen-Anhalt ca. 15 % über denen der Kommunen in den FFW, während dieser Abstand im Jahr 2003 noch bei 45 % lag. In Sachsen-Anhalt gingen die Pro-Kopf-Sachinvestitionen in diesem Zeitraum stärker zurück als in den FFW-Ländern, wobei allerdings das höhere Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Die Mittel wurden dabei insbesondere in die Infrastrukturbereiche Straßenbau, Städtebau und Schulbau investiert.

III.2.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

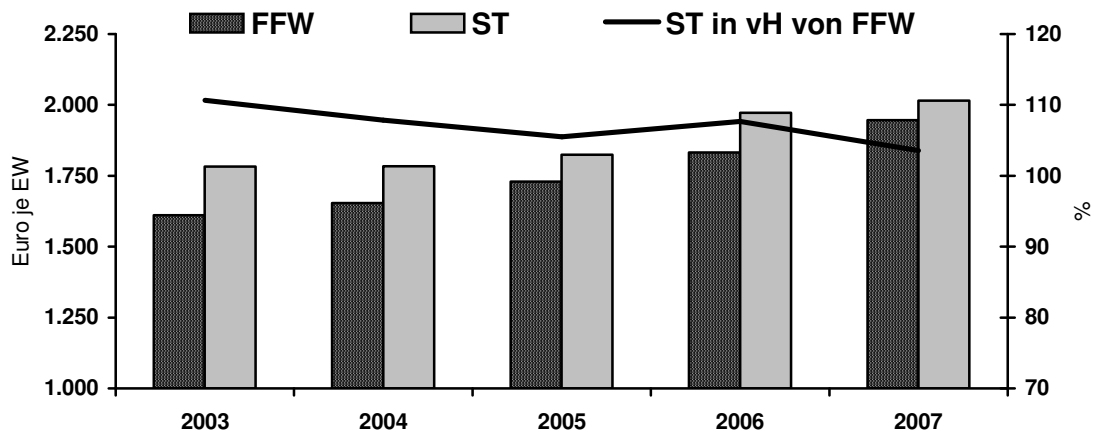
Tabelle III.2.3 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen der Kommunen im Jahr 2007. Diese verbuchten im Jahr 2007 je Einwohner bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 2.016 Euro und damit um ca. 4 % höhere Einnahmen als die FFW-Kommunen. 57 % der Einnahmen entfielen dabei auf Zahlungen des Landes innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, während in den FFW-Kommunen der Anteil der Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bei lediglich ca. 45 % lag.

Tabelle III.2.3: Struktur der Einnahmen je Einwohner in Euro auf kommunaler Ebene im Jahr 2007

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen insgesamt	2.016	100,0	1.946	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	464	23,0	743	38,2
3. Zahlungen vom Land	1.141	56,6	704	36,2
4. Gebühren und Verwaltungseinnahmen	147	7,3	159	8,2
5. Vermögensveräußerungen	36	1,8	53	2,7

In Abbildung III.2.6 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen - ohne Fluthilfe - auf der kommunalen Ebene dargestellt. Die Einnahmen sind seit 2003 gestiegen und lagen im Jahr 2007 um ca. 234 Euro je Einwohner über dem Wert des Jahres 2003. In 2003 erreichten die Einnahmen noch ca. 111 % der durchschnittlichen Einnahmen der Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern, dieser Wert hat sich bis 2007 auf 104 % verringert.

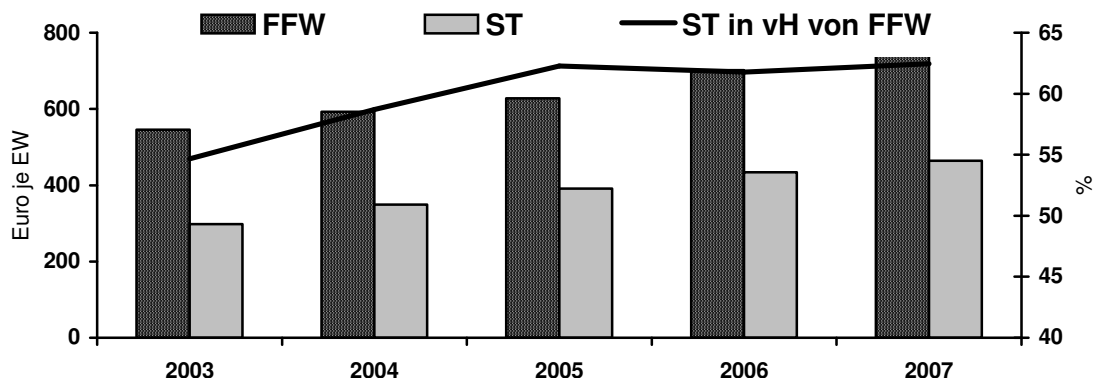
Abbildung III.2.6: Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen (ohne Fluthilfe) auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Steuereinnahmen

Aus eigenen Steuereinnahmen erwirtschafteten die Kommunen des Landes im Jahr 2007 ca. 23 % der Einnahmen und damit deutlich mehr als im Jahr 2003 (ca. 17 %). In 2003 wurden in Sachsen-Anhalt rd. 55 % der durchschnittlichen Steuereinnahmen in den FFW-Kommunen erreicht. Dieser Wert ist bis 2007 auf 62 % gestiegen. Den größten Beitrag dazu leistete der Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen infolge der Gewerbesteuerreform im Rahmen der Gemeindefinanzreform. Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zu den FFW zeigt [Abbildung III.2.7](#).

Abbildung III.2.7: Steuereinnahmen je Einwohner auf Ebene der Gemeinden im Vergleich zu den FFW



Die Steuerkraft der Gemeinden in Sachsen-Anhalt hat sich zwischen 2003 und 2007 um rd. 56 % erhöht, im Vergleich zu rd. 36 % bei den Kommunen der FFW.

Ergänzend zeigt die Tabelle III.2.4 das Pro-Kopf-Aufkommen der wichtigsten Steuerarten. Die Steuerkraft der Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt liegt insbesondere beim Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (44 % des FFW-Niveaus) noch deutlich unter dem Wert der finanzschwachen Westflächenländer. Bei der Grundsteuer B und ebenso bei der Gewerbesteuer netto beträgt der Abstand ca. 32 %. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden im Rahmen der Darstellung der SOBEZ-Verwendung zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft im Abschnitt IV nochmals ausführlicher behandelt.

Tabelle III.2.4: Steuereinnahmen auf Ebene der Gemeinden in Euro je Einwohner 2007

	ST	FFW	ST in % von FFW
1. Grundsteuer A	9,1	6,4	142,2
2. Grundsteuer B	82,3	119,0	69,2
3. Gewerbesteuer netto (./. Gewerbesteuerumlage)	211,8	312,1	67,9
4. Anteil an der Lohn- / veranl. Einkommensteuer	121,1	262,9	46,1
5. Anteil an der Umsatzsteuer	34,5	32,6	105,8
6. Sonstige Gemeindesteuern/steueräehn. Einnahmen	4,8	9,2	52,2
7. Steuereinnahmen der Gemeinden/ GV insgesamt	463,6	742,8,3	62,4

Zahlungen vom Land

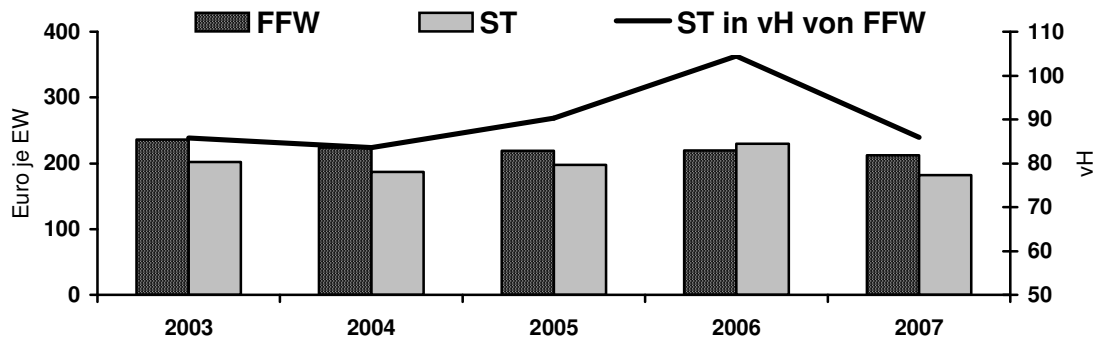
Die Einnahmen aus Zahlungen des Landes an die Kommunen wurden bereits im Abschnitt III.1 bei der Darstellung der Entwicklung des Landeshaushaltes erwähnt, siehe Abbildung III.1.7. In Abgrenzung der Kassenstatistik vereinnahmten die Kommunen Sachsen-Anhalts im Jahr 2007 rd. 2.770 Mio. Euro (einschließlich der seit 2005 zu leistenden aufgabenbezogenen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung), das sind im Vergleich zu 2003 2,6 % weniger. Zu berücksichtigen ist hier die Umstellung bei der Zahlung der überörtlichen Sozialhilfe in Sachsen-Anhalt, wodurch die in der Kassenstatistik dargestellten Einnahmen vom Land gegenüber den Vorjahren verringert werden.

Einnahmen aus Gebühren usw. sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen

Auf Kommunalebene waren die Einnahmen aus Gebühren in Sachsen-Anhalt in 2007 um 12 Euro je Einwohner niedriger als in den FFW-Ländern. 2003 betrug dieser Abstand noch rd. 8 Euro. In den FFW-Ländern ist das Pro-Kopf-Gebührenaufkommen der Kommunen seit 2003 kontinuierlich gefallen. In Sachsen-Anhalt konnte nur im Jahr 2003 eine Steigerung verzeichnet werden, ab 2004 ging das Pro-Kopf-Aufkommen zurück. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus *Vermögensveräußerungen* sind in 2007 nach einem deutlichen Plus ge-

gegenüber dem Vorjahr in 2006 wieder erheblich gesunken. Bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus Gebühren und Vermögensveräußerungen insgesamt ist in Sachsen-Anhalt wie auch in den FFW-Ländern gegenüber 2003 ein Rückgang um rd. 10 % zu verzeichnen, siehe Abbildung III.2.8.

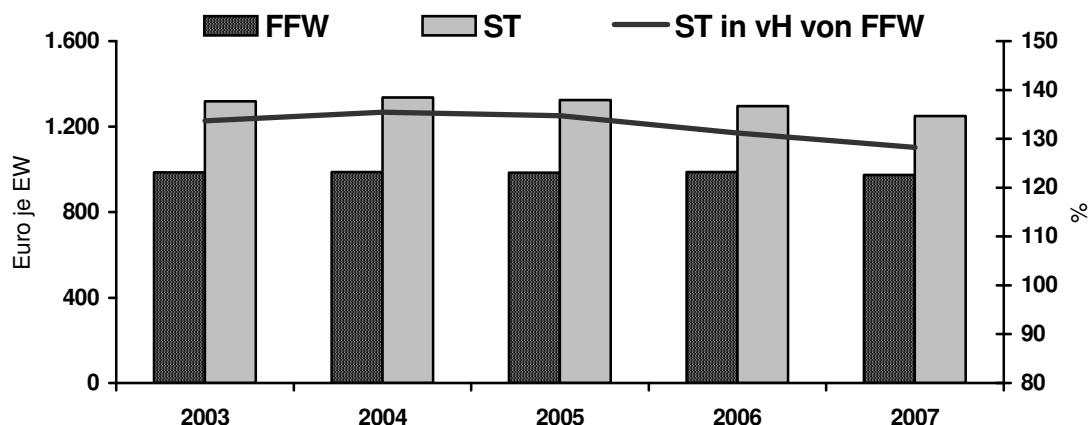
Abbildung III.2.8: Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Veräußerungserlösen je Einwohner im Vergleich zu den FFW



III.2.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt

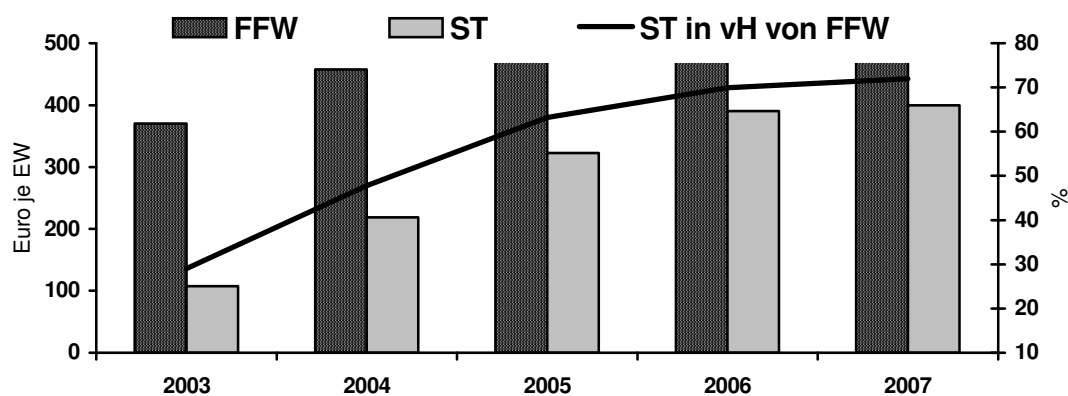
Im Jahr 2007 wurden in den FFW-Kommunen und in Sachsen-Anhalt Schulden getilgt. Für die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung ergibt sich in Sachsen-Anhalt mit 46 Euro je Einwohner ein deutlicherer Rückgang als in den FFW-Kommunen mit 14 Euro je Einwohner. Dagegen haben sich die von den Kommunen in Sachsen-Anhalt aufgenommenen Kassenkredite um rd. 10 Euro je Einwohner erhöht. In den FFW-Ländern sind die kommunalen Kassenkredite teils gestiegen und teils gefallen. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Rückgang beträgt hier 2 Euro.

Abbildung III.2.9: Pro-Kopf-Schulden auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



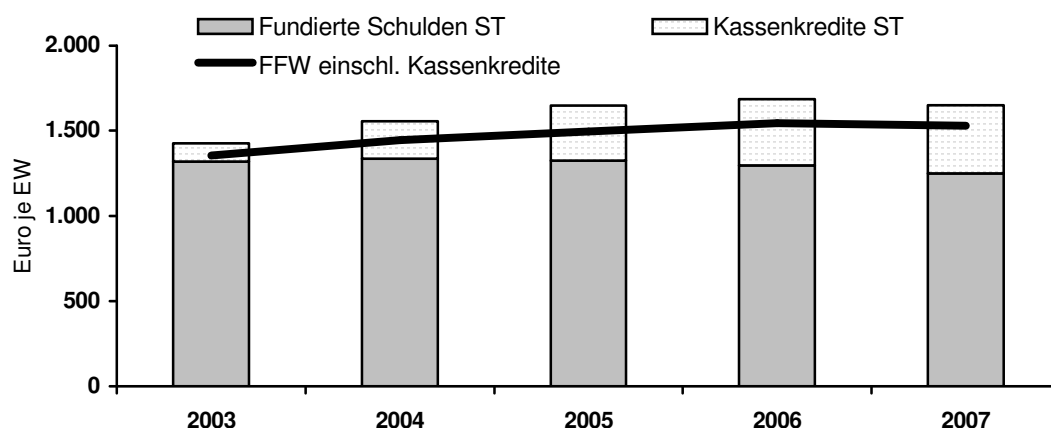
Die Entwicklung der Neuverschuldung der Kommunen des Landes ist von der Einnahmementwicklung der letzten Jahre bestimmt. Konnten im Jahr 2000 netto erstmals Kredite getilgt werden, war bis 2004 eine Fortsetzung der Kredittilgung aufgrund zurückgehender Einnahmen nicht mehr möglich. 2007 konnten wieder 57 Euro je Einwohner getilgt werden. Gleichzeitig haben sich die Kassenkredite gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 % erhöht. Zwar sind im Zeitraum von 2003 bis 2007 die kommunalen Kassenkredite je Einwohner in Sachsen-Anhalt weitaus stärker gestiegen als in den FFW, jedoch erreicht der absolute Betrag an Kassenkrediten je Einwohner in Sachsen-Anhalt nur 72 % des FFW-Niveaus, siehe [Abbildung III.2.10](#).

Abbildung III.2.10: Pro-Kopf-Kassenkredite der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Insgesamt ist bei fundierten Schulden und Kassenkrediten je Einwohner gegenüber 2003 ein Aufwuchs um rd. 16 % zu verzeichnen, siehe [Abbildung III.2.11](#).

Abbildung III.2.11: Pro-Kopf-Schulden und Kassenkredite auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt und den FFW



Infolge der insgesamt leicht höheren Verschuldung der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt sind auch die Zinszahlungen höher als in den FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2007 in Sachsen-Anhalt auf kommunaler Ebene bei ca. 73 Euro je Einwohner, während die FFW-Kommunen hierfür ca. 70 Euro je Einwohner aufwenden mussten.

III.3 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt

III.3.1 Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Tabelle III.3.1 zeigt die bereinigten Gesamtausgaben, die Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne Fluthilfe¹¹) in Sachsen-Anhalt auf der konsolidierten Länder- und Kommunalebene im Vergleich zum Durchschnittswert der finanzschwachen Westflächenländer.

Tabelle III.3.1: Entwicklung der bereinigten Gesamtausgaben, der Ausgaben der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe)

in Euro je Einw.

	bereinigte Gesamtausgaben		Ausgaben der Kapitalrechnung		laufende Ausgaben	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2003	4.892	123,1	947	194,6	3.945	113,2
2004*	4.741	120,0	836	195,3	3.905	110,9
2005	4.883	123,4	881	200,2	4.002	113,8
2006	4.900	122,2	766	175,4	4.134	115,7
2007	4.786	116,3	756	162,9	4.030	110,4

in Mio. Euro

	bereinigte Ausgaben	Ausgaben der Kapitalrechnung	laufende Ausgaben
2003	12.404	2.401	10.003
2004*	11.904	2.100	9.803
2005	12.127	2.188	9.939
2006	12.038	1.882	10.156
2007	11.624	1.836	9.788

* 2004 ohne Einmaleffekt Ausgleich Lehrer-Arbeitszeitkonten

¹¹ Zu den Fluthilfeausgaben der einzelnen Kommunen liegen keine gesonderten Angaben vor. Daher werden die Fluthilfeausgaben auf der aggregierten Ebene bis 2006 in gleicher Höhe der jeweils empfangenen Einnahmen aus dem Aufbauhilfefonds abgesetzt.

Es wird ersichtlich, dass die bereinigten Gesamtausgaben in absoluten Beträgen in den Jahren bis 2004 deutlich gesunken sind. Durch den stärkeren Einwohnerrückgang der neuen Länder ist diese Entwicklung auf der Ebene der Pro-Kopf-Ausgaben deutlich schwächer.

Die laufenden Pro-Kopf-Ausgaben der zusammengefassten Haushalte beider Ebenen in Sachsen-Anhalt lagen 2007 um rd. 10 % über den laufenden Ausgaben der finanzschwachen Westflächenländer (Vorjahr 16 %), je Einwohner bedeutet das einen Betrag von rd. 380 Euro an Mehrausgaben 2007 (Vorjahr 560 Euro) in Sachsen-Anhalt. Zu den Ursachen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 verwiesen.

Die investiven Ausgaben sind sowohl absolut als auch in Relation zu den FFW zurückgegangen. Sie lagen aber auch 2007 noch etwa zwei Drittel über denen der FFW. Je Einwohner gerechnet waren die investiven Ausgaben im Jahr 2007 um rd. ein Viertel bzw. 191 Euro geringer als im Jahr 2003. Eine wesentliche Ursache des Rückgangs insgesamt liegt darin, dass die laufenden Ausgaben im Gegensatz zu den investiven Ausgaben weitgehend durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes bestimmt werden und daher bei den starken Konsolidierungserfordernissen der letzten Jahre ein überproportionaler Beitrag aus den Investitionsausgaben erbracht werden musste. Für 2007 tritt hinzu, dass aufgrund der späten Genehmigung des Operationellen Programms für die EU-Förderperiode 2007 – 2013 beim EFRE IV deutliche Minderausgaben anfielen.

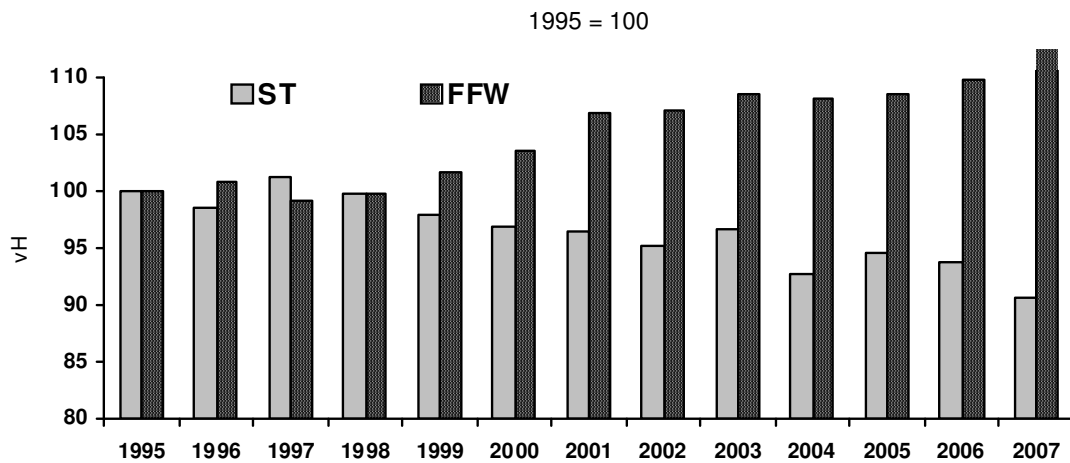
Die Tabelle III.3.2 zeigt die einzelnen Ausgabenkomponenten der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung im Jahr 2007. Zu den Ursachen der einzelnen Abweichungen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 des Berichts verwiesen.

Tabelle III.3.2: Höhe und Struktur der Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2007

	ST			FFW	
	Euro je EW	%- Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%- Anteil
A. laufende Ausgaben	4.030	84,2	110,4	3.650	88,7
- davon					
1. Personalausgaben	1.489	31,1	93,8	1.588	38,6
-- davon:					
1a. Versorgungsleistungen	61	1,3	19,3	316	7,7
1b. Bezüge für aktives Personal	1.428	29,8	112,3	1.272	30,9
2. Zinsausgaben	447	9,3	123,2	363	8,8
3. laufender Sachaufwand	743	15,5	126,0	590	14,3
4. Laufende Zuweisungen an andere Bereiche	1.351	28,2	121,8	1.109	27,0
-- darunter:					
4a. Renten, Unterstützung und dgl.	445	9,3	81,7	544	13,2
4b. Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	131	2,7	79,9	164	4,0
4c. Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	220	4,6	122,8	179	4,4
4d. Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	347	7,2	240,8	144	3,5
5. AAÜG-Ausgaben	168	3,5			
B. Ausgaben der Kapitalrechnung	756	15,8	162,9	464	11,3
- darunter:					
1. Sachinvestitionen	351	7,3	143,2	245	6,0
2. Vermögensübertragungen an andere Bereiche	318	6,6	326,8	97	2,4
C. bereinigte Gesamtausgaben	4.786	100,0	116,3	4.114	100,0

Bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre wird deutlich, dass Sachsen-Anhalt seine Ausgaben seit 1995 erheblich stärker konsolidiert hat als die ebenfalls von den vorhandenen Sparzwängen betroffenen FFW. So zeigt Abbildung III.3.1 einen Ausgabenrückgang um etwa 9 % seit 1995 für Sachsen-Anhalt, dagegen war in den FFW im gleichen Zeitraum ein Ausgabenzuwachs von etwa 12 % zu verzeichnen.

Abbildung III.3.1: Ausgabenzuwachsraten in Sachsen-Anhalt einschließlich der kommunalen Ebene im Vergleich zu den FFW (bereinigte Ausgaben ohne Fluthilfe und Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



III.3.2 Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

In Tabelle III.3.3 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen insgesamt, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung (Vorjahre ohne Fluthilfe) seit dem Jahr 2003 in Euro je Einwohner sowie in Prozent der Vergleichswerte des Durchschnitts der FFW ausgewiesen.

Tabelle III.3.3: Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt

in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamteinnahmen		Einnahmen der Kapitalrechnung		laufende Einnahmen	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2003	4.271	123,9	548	227,4	3.723	115,5
2004	4.345	121,7	428	202,7	3.917	116,1
2005	4.443	126,2	425	190,9	4.018	121,8
2006	4.731	123,5	445	194,6	4.286	119,0
2007	4.948	122,3	390	173,9	4.558	119,3

Die Gesamteinnahmen lagen im Jahr 2007 bei etwa 122 % des FFW-Vergleichswertes. Gegenüber 2006 ist ein Zuwachs von rd. 4,3 % (FFW 6,3 %) insbesondere aufgrund gesteigerter Steuereinnahmen (auf Landes- und Gemeindeebene)

Die Tabelle III. 3.4 zeigt die Struktur der Einnahmen im Jahr 2007. Während die gesamten Pro-Kopf-Gesamteinnahmen ca. 22 % über denen der FFW lagen, erreichten die Steuer-

einnahmen des Landes und seiner Kommunen nur ca. 88 % der FFW-Vergleichswerte (Vorjahr 87 %), wobei die ausschließliche Ursache für die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen die geringe kommunale Steuerkraft in Sachsen-Anhalt ist, da über die Umsatzsteuerverteilung die Pro-Kopf-Steuerkraft der Nehmerländer auf Länderebene im Finanzausgleich weitgehend angeglichen wird.

Die erhebliche Transferabhängigkeit der Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt wird insbesondere sichtbar, wenn man beachtet, dass das Land lediglich rd. 51 % seiner Einnahmen aus Steuern erzielt hat (Vorjahr 49 %), während in den finanzschwachen Westflächenländern die Quote bei rd. 71 % lag. Aus Leistungen des Bundes – laufende und investive Zuweisungen – bezog das Land im Jahr 2007 ca. 30 % seiner Einnahmen, davon entfallen rd. 14 % auf unmittelbare Zuweisungen aus dem Solidaritätspakt II (Korb I = SOBEZ).

Tabelle III.3.4: Höhe und Struktur der Einnahmen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2007

	ST			FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%-Anteil
A. laufende Einnahmen	4.559	92,1	119,3	3.822	94,4
-- darunter:					
1. Steuereinnahmen	2.541	51,4	87,8	2.893	71,5
2. Verwaltungseinnahmen	432	8,7	81,7	529	13,1
3. Einnahmen aus dem LFA	265	5,4	441,7	60	1,5
4. Laufende Zahlungen des Bundes	1.174	23,7	512,7	229	5,7
-- darunter:					
4a. SOBEZ	672	13,6			
B. Einnahmen der Kapitalrechnung	390	7,9	174,1	224	5,5
-- darunter:					
1. Zuweisungen vom Bund	168	3,4	258,5	65	1,6
2. Zuweisungen von der EU	162	3,3	490,9	33	0,8
C. bereinigte Gesamteinnahmen	4.948	100,0	122,3	4.047	100,0

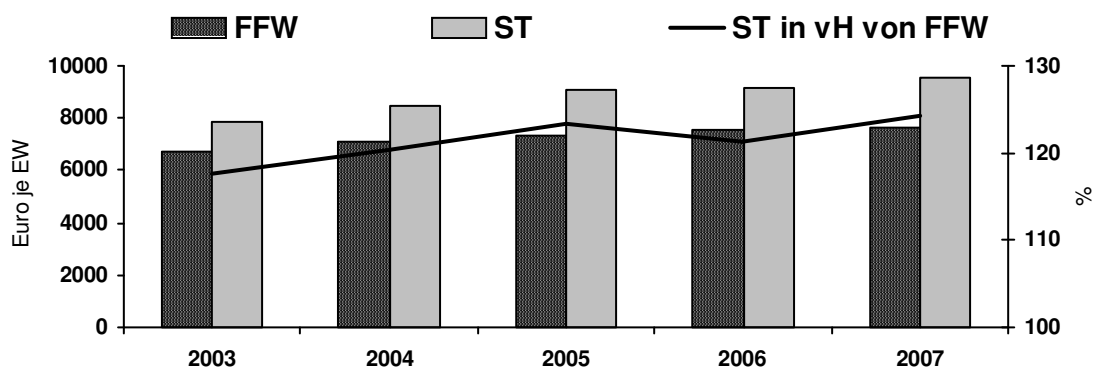
Langfristig hat Sachsen-Anhalt deutliche Einnahmenverluste im Zuge der Abschmelzung der Transferleistungen im Rahmen des Solidaritätspakt II zu kompensieren. Dies betrifft die SOBEZ, die von 1.633 Mio. Euro im Jahr 2007 auf letztmalig 330 Mio. Euro im

Jahr 2019 zurückgehen werden, weitere überproportionale Leistungen, die das Land vom Bund im Rahmen anderer Programme erhält, sowie Zuweisungen von der EU.

III.3.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Seit dem Jahr 2003 bis 2007 sind die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen um etwa 1.629 Euro je Einwohner angestiegen, siehe [Abbildung III.3.2](#). Ursache sind die bereits beschriebenen extrem hohen Einnahmehausfälle der letzten Jahre infolge der zurückliegenden Konjunkturschwäche, aber auch aufgrund der Steuergesetze 2000 und 2002. **Im Jahr 2007 war erstmals für die konsolidierte Ebene eine Nettotilgung zu verzeichnen**, wobei gleichzeitig die für die Ermittlung des Schuldenstandes nicht berücksichtigten kommunalen Kassenkredite weiter angestiegen sind¹². Aus dem Einwohnerverlust ergibt sich aber trotzdem ein Zuwachs der Pro-Kopf-Verschuldung.

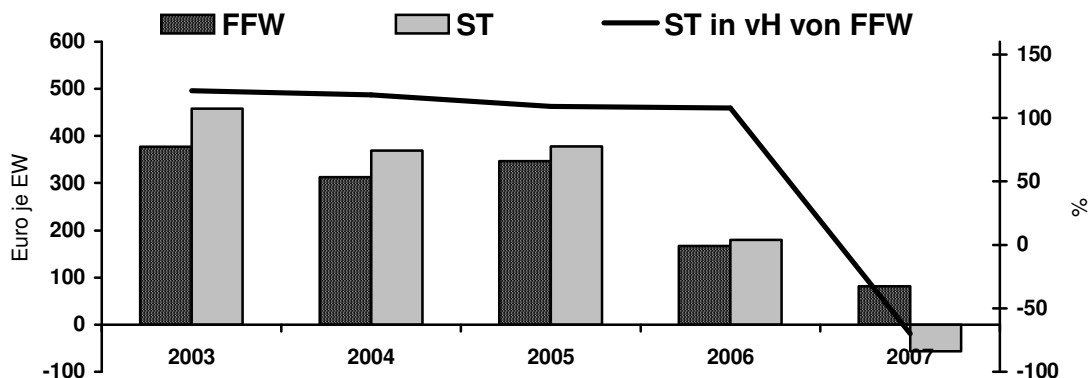
Abbildung III.3.2: Pro-Kopf-Schulden des Landes und der Kommunen im Vergleich zu den FFW



[Abbildung III.3.3](#) zeigt die jeweilige jährliche Neuverschuldung, die hier unter ursächlicher Zuordnung der jeweiligen Jahresfehlbeträge dargestellt wird.

¹² In Abgrenzung der für den Fortschrittsbericht maßgeblichen Schuldenstatistik ist die Gesamtverschuldung auf konsolidierter Ebene im Jahr 2007 angestiegen. Dies resultiert zum einen daraus, dass ein Großteil der Neuverschuldung des Landes für das Haushaltsjahr 2006 erst Anfang 2007 aufgenommen wurde, zum anderen wurden in der Statistik 2007 Schulden in Höhe von rd. 253 Mio. Euro ausgewiesen, die zur Haushaltsdeckung 2007 nicht benötigt und daher wieder getilgt wurden. Demzufolge ergibt sich eine deutliche Abweichung der Schulden des Jahres 2007 lt. Haushalt zur Schuldenstatistik (knapp 800 Mio. Euro).

Abbildung III.3.3: Pro-Kopf-Neuerschuldung des Landes und der Kommunen (Fehlbeträge auf Landesebene dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Die im Abschnitt III. vorgenommene Analyse zeigt, dass das Land eine Reihe von spezifischen finanzwirtschaftlichen Problemen zu bewältigen hat, die vielfach noch auf teilungsbedingte Lasten und die im Jahr 1990 übernommene „Erbmasse“ zurückzuführen sind. Es konnte aber auch sichtbar gemacht werden, dass beide Ebenen erhebliche Beiträge zur Ausgabenkonsolidierung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet haben. So wurde im Jahr 2007 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine Ausgabenreduzierung auf konsolidierter Ebene um etwa 9 % erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW gleichzeitig ein Anstieg um etwa 12 % erfolgte.

Nach den Einnahmenverlusten aus den Steuerausfällen der vergangenen Jahre fand die konjunkturelle Erholung im Jahr 2007 einen entsprechenden Niederschlag bei der Rückführung der Neuverschuldung. **2007 wurden erstmals in der Geschichte des Landes keine neuen Schulden mehr aufgenommen.** Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber auch, dass Sachsen-Anhalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von Faktoren und Entwicklungen abhängig ist, die vom Land nicht direkt kontrollierbar sind und auch nicht in der ausschließlichen Entscheidungsverantwortung des Landes liegen. Zu nennen sind hier z. B. die gestiegenen Aufwendungen im Rahmen der Sozialausgaben und insbesondere auch das weiterhin hohe Niveau der Zahlungen im Rahmen des AAÜG, bei denen der Bund ab 2008 eine teilweise Entlastung der neuen Länder durch eine sukzessive Steigerung seines Anteils von 33 auf 40 % bis 2010 vornehmen wird.

Die Landesregierung hat mit dem Haushalt 2009 den Einstieg in die Tilgung der bestehenden hohen Landesschulden beschlossen (zunächst in Höhe von 25 Mio. Euro). Im Jahr 2012 sollen nach der am 2. September 2008 beschlossenen Mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012 bereits 200 Mio. Euro getilgt werden. Darüber hinaus hat die Landesregierung am 18. März 2008 einen schnelleren Tilgungsplan beschlossen, nach dem bis 2050 die Landesschulden vollständig abgebaut werden sollen.

IV. Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2007 in Sachsen-Anhalt

In diesem Abschnitt erfolgt entsprechend dem vereinbarten Nachweisschema eine Darstellung der Verwendung der Solidarpaktmittel 2007. Diese sind ab 2005 entsprechend den Bestimmungen des § 11 Abs. 3 FAG, zuletzt geändert mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dez. 2001,

- für investive Zwecke und
- zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

einzusetzen. Eine Anrechnung der weiterhin bestehenden teilungsbedingten Sonderlasten, insbesondere aus dem AAÜG, ist nach der neuen gesetzlichen Regelung seit 2005 nicht mehr vorgesehen.

IV.1 Der investive Einsatz der SOBEZ

Nach dem vereinbarten Berechnungsschema ergibt sich für die konsolidierte Landes- und Kommunalebene folgende investive Verwendung, siehe Tabelle IV.1.1:

Tabelle IV.1.1: Berechnung der aus den SOBEZ finanzierten Investitionen in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in Euro je Einwohner

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Investitionsausgaben für Infrastruktur	1.010	879	825	762	734
- davon:					
Sachinvestitionen ¹³	459	426	367	335	351
sonstige Investitionen	551	453	458	420	376
Schuldendiensthilfen ¹⁴			7	7	7
2. investive Einnahmen	475	422	401	364	331
- davon:					
Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	279	235	194	158	169
Zuschüsse für Investitionen von sonstigen Bereichen	196	187	207	206	162

¹³ Die Darunterpositionen „Sachinvestitionen“ und „sonstige Investitionen“ wurden 2005 und 2006 korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgenden Zuweisung an den Landesbetrieb Bau (LBB). Durch diese systematisch bedingte Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 21 bzw. 26 Euro/Einw., dadurch verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

¹⁴ Entsprechend der am 12. Juni 2006 mit dem Bund abgestimmten Änderung sind Schuldendiensthilfen, mit Ausnahme für den Wohnungsbau, ab 2005 anrechnungsfähig auf den Nachweis.

	2003	2004	2005	2006	2007
3. eigenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen (1.–2.) ¹⁵	535	457	424	398	403
4. anteilige Neuverschuldung ¹⁶	447	344	271	151	-85
5. aus den SOBEZ finanzierte Investitionen (3.–4.)	88	113	153	247	488
6. empfangene SOBEZ	655	662	667	671	671
7. investive Verwendung in % der SOBEZ	13,4	17,1	22,9	36,8	72,7
8. investive Verwendung in Mio. Euro	223	284	380	607	1.185

Wie aus der Darstellung ersichtlich ist, lag der Nachweis der investiven Verwendung im Jahr 2003 bei lediglich 13 %, da die eigenfinanzierten Investitionen die Höhe der Neuverschuldung nur geringfügig überstiegen haben. **Bis zum Jahr 2007 konnte aufgrund der Rückführung der Neuverschuldung eine deutliche Steigerung der investiven Verwendung auf nunmehr rd. 73 % der SOBEZ erreicht werden.**

Bei der Bewertung dieses Berechnungsschemas ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der gewählten Methode die investive Verwendung der SOBEZ bei gleichem Investitionsniveau in Abhängigkeit von der Höhe der Neuverschuldung stark schwanken kann. Die Aufbauleistung, die tatsächlich durch die SOBEZ bewirkt wird, lässt sich anhand des Berechnungsergebnisses also nicht darstellen. Darauf wird im Teil V dieses Berichts gesondert eingegangen.

IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

Die Gemeinden in den neuen Ländern haben eine deutlich geringere Steuerkraft als die Gemeinden in den finanzschwachen Westflächenländern, die sich mittelbar über die Kreisumlage auch auf die Landkreise auswirkt. Es ist daher erforderlich, dass die neuen Länder überproportional hohe Zuweisungen leisten, damit die Kommunen in den neuen Ländern den Kommunen der FFW vergleichbare Leistungen erbringen sowie zusätzliche Investitionen zur weiteren Schließung der Infrastrukturlücke tätigen können.

Da das Land aufgrund der UFK seiner Kommunen bereits Mittel aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) einschließlich der Fehlbetrags-BEZ, erhält, wird nur die danach verbleibende

¹⁵ Eine Bereinigung um die Fluthilfe wurde wie bereits in den Vorjahren nicht vorgenommen, da die Einnahmen und Ausgaben sich grundsätzlich ausgleichen.

¹⁶ Der Fehlbetrag 2003 ist dem Entstehungsjahr zugeordnet. Der „anteilige“ Betrag ergibt sich durch Abzug des Betrages, der außerhalb der Infrastrukturinvestitionen für (kreditfinanzierte) eigene Investitionen verausgabt wurde.

„Finanzierungslücke“ aus den SOBEZ gedeckt. Mit der erhöhten Anrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden im Länderfinanzausgleich ab 2005 (64 % statt vorher 50 %) sinkt der auf die SOBEZ-Verwendung anzurechnende Betrag für die UFK ab 2005 entsprechend ab. Die Länder haben bei der Beratung der Fortschrittsberichte 2005 mit dem Bundesministerium der Finanzen vereinbart, künftig für jedes Land die analog der Bundesmethode¹⁷ spitz berechneten Beträge auszuweisen. Dies findet im Folgenden Verwendung. Die Methode wird für Sachsen-Anhalt in Tabelle IV.2.1 kurz dargestellt.

Tabelle IV.2.1: Ermittlung der auf die SOBEZ anzurechnende UFK für Sachsen-Anhalt

	in Euro je Einw.	
	ST	Bremen
1. Kommunale Finanzkraft zu 100% ¹⁾	517	974
2. davon berücksichtigt im LFA 64%	331	624
3. komm. Ausgleichsmesszahl zu 64% ²⁾	567	758
4. Ausgleich aus LFA und Fehl-BEZ zu rd. 98% der kommunalen Ausgleichsmesszahl (3.)	228	118
5. Niveau nach LFA/Fehl-BEZ (Summe 2. + 4.)	559	742
<i>(damit ausgeglichen in Prozent)</i>	<i>(98,48)</i>	<i>(97,74)</i>
6. komm. Ausgleichsmesszahl zu 100%	887	1.185
7. davon ausgeglichen bei voller Anrechnung der komm. Finanzkraft (Summe 1. + 4.)	745	1.092
8. verbleibende Lücke	142	93
9. möglicher Ausgleich aus SOBEZ ³⁾ <i>(in % der SOBEZ)</i>	68 <i>(10,2)</i>	0
10. Finanzkraft einschl. SOBEZ	813	1.092
Finanzkraft in % der AMZ zu 100% (6.)	91,6	92,2

1) in Abgrenzung der vorl. Abrechnung des LFA

2) unterschiedlich aufgrund höherer Einwohnerwertung HB im LFA (Stadtstaat)

3) entsprechend Berechnung § 10 Abs. 1 und § 11 Abs. 2 FAG (bundesstaatlicher Finanzausgleich)
AMZ=Ausgleichsmesszahl

Entsprechend der verwendeten Bundesmethode ergibt sich ein Betrag von 166 Mio. Euro (68 Euro je Einwohner) für die UFK, der 2007 aus den SOBEZ finanziert wurde.

¹⁷ Entsprechend der Bundesmethodik wird hierbei als Referenzland - abweichend vom sonstigen Verfahren des Berichts - Bremen als finanzschwächstes Bundesland West gewählt. Dies wird erforderlich, wenn man den Ausgleich der UFK über die SOBEZ im direkten Anschluss an den bundesstaatlichen Finanzausgleich vornimmt. Danach darf keine Verschiebung der Finanzkraftreihenfolge der Länder durch die Anrechnung der UFK-Ausgleichszahlungen bewirkt werden. Die auszugleichende kommunale Finanzkraft orientiert sich an der kommunalen Ausgleichsmesszahl des Länderfinanzausgleichs und entspricht somit nicht der Kassenstatistik.

Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass nach dem hier berechneten Ausgleich rd. 133 Mio. Euro (55 Euro je Einwohner) an unterproportionaler Finanzkraft bestehen bleiben, dies entspricht rd. 8 % der empfangenen SOBEZ. Zusätzlich ist das Problem der fiktiven Einnahmeberechnung zu sehen. Die tatsächlichen kommunalen Steuereinnahmen liegen deutlich unter dem fiktiven Aufkommen im Länderfinanzausgleich (Kassenstatistik: 464 Euro/Einw., LFA: 517 Euro/Einw.). Durch den Vergleich mit Bremen als Stadtstaat wird dieses Problem noch verschärft.

IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ

Die Tabelle IV.3.1 beinhaltet die aus der Zusammenfassung der in den Abschnitten IV.1 und IV.2 ermittelten Beträge resultierende **gesamte Verwendungsrechnung**. Die Summe aus den eigenfinanzierten Investitionen sowie den zum Ausgleich der UFK erforderlichen SOBEZ wird den empfangenen SOBEZ gegenübergestellt.

Tabelle IV.3.1: Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ (Landes- und Kommunalebene) für das Land Sachsen-Anhalt

	in Euro je Einw.				
	2003	2004	2005	2006	2007
1. Investive Verwendung	88	113	153	247	488
2. Ausgleich der UFK	113	112	68 bis 100	53	68
3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)	201	225	221 bis 253	300	556
4. empfangene SOBEZ ¹⁸	655	662	667	671	671
5. Nachweis in % der SOBEZ	30,7	34,0	33 bis 38	44,7	82,8
<i>nachrichtlich für Vorjahre:</i> sonst. teilungsbedingte Sonderlasten	166	162			
Nachweis einschl. teilungsbedingte Lasten gesamt	367	387			
in % der SOBEZ	56,0	58,5			

	in Mio. Euro				
	2003	2004	2005	2006	2007
1. Investive Verwendung	221	284	380	607	1.185
2. Ausgleich der UFK	287	281	168 bis 249	131	166
3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)	508	565	549 bis 629	738	1.352
4. empfangene SOBEZ	1.661	1.661	1.657	1.649	1.633
5. Nachweis in % der SOBEZ	30,7	34,0	33 bis 38	44,7	82,8

¹⁸ Seit 2005 gehen die SOBEZ absolut zurück. Der hier dargestellte Anstieg je Einwohner seit 2002 ist durch den gleichzeitig stattfindenden Einwohnerrückgang begründet.

Zur Bewertung von Investitionen in Abgrenzung der Haushaltssystematik hinsichtlich ihres Aufbau- oder Zukunftswertes soll hier auf den **Finanzplan 2006 bis 2010 des Bundes** (S. 44) verwiesen werden:

„Die Einordnung einer Ausgabe als Investition ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“

Im Ergebnis wurden rd. 83 % der empfangenen SOBEZ rechnerisch für das Jahr 2007 nachgewiesen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist sich bewusst, dass die noch nicht vollständige Nachweisung der empfangenen SOBEZ Ausdruck der weiter zu leistenden Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger weiter überdurchschnittlichen Investitionen ist. Aufgrund der ab 2009 einsetzenden Tilgung von Landes-schulden wird sich der SOBEZ-Verwendungsnachweis weiter verbessern. Angesichts der steigenden Bedeutung der Zukunftsinvestitionen, wie z. B. in Bildung und Wissenschaft, ist aber auch zu betonen, dass die Zuordnung zur Haushaltssystematik nicht alleinige Richtlinie der künftigen Ausgabenschwerpunkte des Landes sein kann.

Die in der Vergangenheit auf die SOBEZ anrechenbaren teilungsbedingten Sonderlasten sind seit 2005 nicht mehr aus den SOBEZ zu finanzieren, so z. B. die bereits in Abschnitt III.1.1 angesprochenen Zahlungen des Landes im Rahmen des AAÜG oder die Finanzierung der kommunalen Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen nach dem Altschuldenregelungsgesetz vom 6. März 1997, aber auch teilungsbedingte Sonderlasten für zusätzliche Aufwendungen zur Beseitigung von Altlasten und für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl besteht die Belastung der Haushalte der neuen Länder aus diesen Verpflichtungen unvermindert weiter. Im Jahr 2007 haben die Ausgaben allein für die **Zahlungen nach dem AAÜG rd. 409 Mio. Euro** betragen. Diese Ausgaben schränken die Haushaltskonsolidierung entsprechend ein. Der Bund hat deshalb eine weitere Entlastung der neuen Länder bei den Verpflichtungen für die Zusatz- und Sonderversorgung übernommen, die zumindest eine mittelfristige Stabilisierung dieser Ausgaben bewirkt. **Dies wird einen weiteren Beitrag zur vorgesehenen Haushaltskonsolidierung und damit zur Verbesserung des SOBEZ-Verwendungsnachweises leisten.**

V. Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum

Die Darstellung zur *rechnerischen* Verwendung der SOBEZ bedarf einer **quantitativen Ergänzung hinsichtlich des Beitrages des Landes Sachsen-Anhalt zur Beseitigung der Infrastrukturlücke** im Vergleich zu den alten Ländern bzw. zu den finanzschwachen Westflächenländern. Hierzu wurde im ersten vom Land Sachsen-Anhalt vorgelegten Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2002 zunächst eine Bestandsaufnahme der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern vorgenommen, wobei sich die Darstellung an dem im Zuge der Solidarpakt-II-Verhandlungen vorgelegten Gutachten orientierte. In den vergangenen Berichten wurde dokumentiert, wie die Infrastrukturinvestitionsaktivität seit 1991 in Sachsen-Anhalt auf der Ebene des Landes und seiner Kommunen zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen hat. In diesem Fortschrittsbericht wird daran angeknüpft. Die Darstellung beschränkt sich daher zum Teil auf das Berichtsjahr 2006.

V.1 Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)¹⁹ hat folgende Bestände und Nachholbereiche bei der Infrastrukturausstattung der neuen Flächenländer (einschl. ihrer Kommunen) quantifiziert, siehe Tabelle V.1.1.

Tabelle V.1.1: Pro-Kopf-Bruttoanlagevermögen der neuen Flächenländer und Sachsen-Anhalts sowie der strukturschwachen Westflächenländer in Euro je Einwohner im Jahr 1999 zu Preisen von 1991 (die „**Nachholbereiche**“ sind hervorgehoben)

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
1. Zentrale Verwaltung	469	529	450
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	325	343	323
3. Rechtsschutz	98	100	84
4. Schulen	2.444	1.474	1.458
5. Hochschulen und sonstige Forschung	745	558	557
6. Kultur	168	369	407

¹⁹ DIW (2000), *Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland*, Berlin 2000.

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
7. Soziale Sicherung	230	337	342
8. Sport und Erholung	447	393	405
9. Krankenanstalten	691	905	914
10. Wohnungswesen und Raumordnung	366	400	399
11. Landwirtschaft und Forsten	234	150	148
12. Verkehrsbereich insgesamt	4.505	2.406	2.520
- darunter Straßen	4.394	2.162	1.980
insgesamt (1. bis 12.): Kerninfrastruktur	10.718	7.963	8.008
13. Kommunale Gemeinschaftsdienste	2.720	639	652
14. Energie, Wasserwirtschaft	367	239	213
15. Wirtschaftsunternehmen	483	129	91
16. Allg. Grund-/Sondervermögen	505	253	310
insgesamt (1. bis 16)	14.782	9.224	9.274

Anmerkungen:

- 1) Die Daten sind der Tabelle 4 in DIW (2000) entnommen.
- 2) Die Angaben für Sachsen-Anhalt wurden aus den Tabellenanhängen A, B und C zum DIW-Gutachten 2000 berechnet. Bei den Hochbauten wurden die Kommunalen Gemeinschaftsdienste nicht berücksichtigt; dies entspricht der Verfahrensweise zur Tabelle 4 des DIW-Gutachtens.

Der größte Anteil des staatlichen Bruttoanlagevermögens entfällt auf den Verkehrsbereich und hier insbesondere auf den Straßenverkehr. In den neuen Ländern hatte dieser Bereich im Jahr 1999 einen Anteil von ca. 30 %, während in den alten Ländern der Anteil bei ca. 42 % lag. Dies ist auch der Bereich, in dem nach den Berechnungen des DIW sowohl die relativ als auch die absolut höchste Infrastrukturlücke zu verzeichnen ist. **Bedeutsam ist ferner das Bildungssystem, besonders der Schulbereich,** auf den in den Westflächenländern ca. 23 % des Bruttoanlagevermögens, in den neuen Flächenländern hingegen lediglich ein Anteil von ca. 19 % entfallen. **Weitere staatliche Aufgabenbereiche mit einem Infrastrukturanteil von mehr als 5 % sind die Bereiche Hochschulen, allgemeine Verwaltung und der Krankenhausbereich.**

Eine Bewertung des weiteren Abbaus der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern muss auch den erheblichen demografischen Veränderungen in den neuen Ländern Rechnung tragen. So ist infolge des hohen und nachhaltigen Schülerrückgangs eine Anpassung der

Infrastrukturen in diesem Bereich auf das je Einwohner gerechnete „Westniveau“ kaum sinnvoll²⁰, während in anderen Bereichen, wie z.B. bei der sozialen Sicherung, den Krankenanstalten, dem Wohnungswesen, usw., der schnellere Alterungsprozess in den neuen Flächenländern möglicherweise eine höhere (Pro-Kopf-) Infrastrukturausstattung erfordert als in den alten Flächenländern.

V.2 Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2007

Im Land Sachsen-Anhalt wurden 2007 rd. **1.766 Mio. Euro für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Bereich der Infrastruktur** eingesetzt. Auf Landesebene wurde schwerpunktmäßig in die nachfolgend dargestellten Bereiche investiert:

Auch im Jahr 2007 konnte das **Landesstraßennetz Sachsen-Anhalts** mit einer Gesamtlänge von 3.936 km durch Um- und Ausbauarbeiten weiter verbessert werden. Inzwischen entsprechen 56 % des Landesstraßennetzes dem derzeitigen Standard (Vorjahr: 54 %). 93 % der Bauwerke sind in ihrer Tragfähigkeit ohne Einschränkung nutzbar (Vorjahr: 93 %). Zu den im Jahr 2007 fertig gestellten Baumaßnahmen gehören die Brücke über das schiefe Tal bei Meisdorf (L 230), die Brücke über die Saale bei Nebben (L 145) sowie der den innerstädtischen Verkehr entlastenden Altstadtkeisel in Wernigerode.

Erhebliche Investitionen wurden in dem Bereich **Verkehrsinfrastruktur** im kommunalen und unternehmerischen Sektor gefördert. Rund 160 kommunale Straßenbauvorhaben erhielten Mittel aus dem Entflechtungsgesetz, dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung sowie dem Finanzausgleichsgesetz. Ebenso konnte der Zustand der Binnenhäfen und Flugplätze in Sachsen-Anhalt verbessert werden. Weitere Investitionen erfolgten in die Eisenbahninfrastruktur des Landes Sachsen-Anhalt (z.B. Rübelandbahn, „Zuckerbahn“ Blumenberg – Klein Wanzleben, Hafenbahn Magdeburg und Gleisanlagen der Kali +Salz Zielitz). Ebenso wurde der Zustand der Binnenhäfen und Flugplätze in Sachsen-Anhalt verbessert. Insgesamt wurden 2007 im Straßenbau rd. 415 Mio. Euro umgesetzt, weitere 42 Mio. Euro für den ÖPNV und den Schienengüterverkehr.

Auch im Rahmen der **Städtebauförderung** konnten weitere Infrastrukturdefizite abgebaut werden. Die eingesetzten Mittel kamen insbesondere der städtebaulichen Erneuerung sowie der Aufwertung von Stadtteilen bzw. Stadtquartieren mit überdurchschnittlichen Defiziten zugute. Dabei ist in erster Linie in weitere Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfra-

²⁰ In dem bereits mehrfach zitierten DIW-Gutachten wird als „Vergleichsmaßstab“ im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl zurückgegriffen. In einzelnen Aufgabenbereichen, wie insbesondere dem Bildungssystem, aber auch in den Bereichen der Krankenhausversorgung usw., sind andere Vergleichsmaßstäbe (wie z.B. die Schülerzahlen) besser geeignet.

struktur sowie den Ausbau der kulturellen und sozialen Infrastruktur investiert worden. Im Mittelpunkt standen hier der kommunale Straßenbau in Sanierungsgebieten sowie die Erneuerung als auch die Anpassung von Kindertagesstätten und Schulen an die demografische Entwicklung. Grundsätzlich erfolgt im Städtebau die Förderung von Projekten auf der Grundlage ganzheitlicher Entwicklungskonzepte (Sanierungs-, Stadtteilentwicklungskonzepte). Weitere Mittel wurden für Investitionsvorhaben in Gemeinden im ländlichen Bereich zur Beseitigung von Mängeln im Hinblick auf die bauliche Beschaffenheit von Gebäuden und die Erfüllung von Aufgaben (Infrastruktur) eingesetzt.

Die noch bestehende Infrastrukturlücke im Bereich der **Infrastruktur der Wirtschaft** konnte mit Mitteln der vom Land, dem Bund und der EU finanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiter verringert werden. Im Jahr 2007 wurden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 34 Vorhaben der wirtschaftsnahen Infrastruktur gefördert. Das Investitionsvolumen betrug rd. 40 Mio. Euro, das Zuschussvolumen rd. 31 Mio. Euro (Vorjahr 48 Mio. Euro). Der Schwerpunkt der Förderung lag bei der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten (8 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 18 Mio. EUR), der Errichtung bzw. dem Ausbau von Verkehrsverbindungen (5 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 5 Mio. EUR) sowie der Geländeerschließung für Fremdenverkehr (14 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 4 Mio. EUR). Besonders bedeutsame Investitionen waren u. a. die weitere Erschließung des Gewerbegebietes in Aschersleben (3. BA, Güstener Str.) sowie das Chemie- und Kunststoffcluster in Leuna.

Eine wesentliche Rolle für den weiteren Aufbau Ost wird auch künftig der **Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung** zukommen. Für die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze ist es erforderlich, die Umgestaltung der Wirtschaft weiter voranzutreiben. Die Schlüsselrolle bei der Bewältigung des notwendigen Strukturwandels nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein. Das Land Sachsen-Anhalt fördert daher aktiv marktorientierte Innovationsprozesse, die mit einem hohen wirtschaftlichen und technischen Risiko verbunden sind. Im Mittelpunkt stehen vor allem Projekte des produzierenden Gewerbes und der produktionsnahen Forschungsdienstleistungen aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau/ Automotive, Chemie/ Neue Werkstoffe, LifeScience (Biotechnologie, Pharmazie und Medizintechnik) sowie den Querschnittsbranchen Nanotechnologie, Mikrosystemtechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie/ Automation/ Logistik. Im Jahr 2007 hat das Land Sachsen-Anhalt in 18 Vorhaben insgesamt rd. 3 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung in Unternehmen investiert.²¹

²¹ *Der Unterschied bei Anzahl der geförderten Projekte und Höhe des Fördervolumen zu den Zahlen aus dem Jahr 2006 hat seine Ursache in der erst im Herbst in Kraft getretenen FuE-Förderrichtlinie für neue EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013. Die alte FuE-Förderrichtlinie lief Ende 2006 aus.*

Im Bereich der **Umweltforschung** wird vor allem die Entwicklung innovativer Umwelttechnologien unterstützt. Im Jahr 2007 wurde dafür rd. 0,1 Mio. Euro eingesetzt.

Investitionen in **Wissenschaft und Forschung** sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt. Das Land verfügt über 7 staatliche Hochschulen, davon 2 Universitäten und eine Kunsthochschule, sowie mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, alle mit sehr guten Bedingungen hinsichtlich der Ausstattung, der Betreuungsrelation und der Möglichkeit eines schnellen und qualifizierten Abschlusses. Im Jahr 2007 wurden für die Ausstattung der Hochschulen mit Großgeräten und den Hochschulbau ca. 102 Mio. Euro investiert, der darin enthaltene Bundesanteil beträgt ca. 36 Mio. Euro Kompensationsmittel nach Art. 143 c GG und 6,5 Mio. Euro GA Forschungsförderung nach Art. 91 b GG. Darüber hinaus wurden ca. 24 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln im Hochschulbau investiert.

Mit der Föderalismusreform wurde die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Hinblick auf die angestrebte Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern und den Abbau von Mischfinanzierungen zum 1. Januar 2007 beendet. Allerdings erhalten die Länder bis 2019, davon bis 2013 zweckgebunden, aus dem Bundeshaushalt Kompensationszahlungen für den Wegfall der Finanzierungsanteile des Bundes (Art. 143 c GG neu). Gleichzeitig wurde Art. 91 b GG umfassend geändert. Anknüpfungspunkt für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Wissenschaft und Forschung (Art. 91 b Abs. 1 GG neu) ist die überregionale Bedeutung von Einrichtungen oder Vorhaben. Das heißt, Mischfinanzierungen sind weiter möglich, wenn die betreffende Einrichtung oder das betreffende Vorhaben Ausstrahlungskraft über das einzelne Land hinaus hat und bedeutend im nationalen oder internationalen Kontext ist. Im Einzelnen fallen unter diese erweiterte Gemeinschaftsaufgabe die bisherige Forschungsförderung, die überregionalen Bestandteile der alten Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau (einschließlich der Beschaffung von Großgeräten) und – mit Zustimmung aller Länder – sonstige Vorhaben der Wissenschaft und Forschung mit überregionaler Bedeutung.

Für Geräte und Bauinvestitionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WLG), der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ) wurden im Jahr 2006 insgesamt rd. 11,5 Mio. Euro aus Landesmitteln eingesetzt.

Im Bereich der **Trinkwasserversorgung** und der **Abwasserbeseitigung** konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der Anschlussgrad der Bevölkerung an öffentliche Kläranlagen

konnte auf 90,9 % (Vorjahr 90,1 %) erhöht werden. Der Ausbau der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurde im Jahr 2007 mit rund 15 Mio. Euro gefördert. Auch in den Bereichen **Abfall/Altlasten und Bodenschutz** konnten die Standortfaktoren weiter verbessert werden. Schwerpunkt der Förderung von insgesamt 14,6 Mio. Euro im Jahr 2007 war die Deponiesanierung. Für die Altlastensanierung im Rahmen der Altlastenfreistellung wurden im Jahr 2007 knapp 24 Mio. Euro aufgewendet.

Die **Stärkung des Wirtschaftsfaktors „Landwirtschaft“** erfolgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ aus Mitteln des Landes, des Bundes und der EU. Die gegenwärtige Situation ist immer noch von Defiziten gekennzeichnet, insbesondere durch verkehrstechnische Unzulänglichkeiten und dem hohen Sanierungsbedarf in den ländlichen Gemeinden. Das Hauptanliegen der Förderung **Dorferneuerung** besteht daher in der Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in Dörfern mit agrarstrukturellem Bezug. Der Schwerpunkt der ausgereichten Fördermittel lag im Jahr 2007 mit einem Anteil von 73,3 % ähnlich wie in den Vorjahren im Bereich der kommunalen Investitionen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse (383 Vorhaben), zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters (671 Vorhaben) und zur Sanierung von Gewässern und zum Abbruch von Bausubstanz (27 Vorhaben).

Für die **Umsetzung des ländlichen Wegekonzepthes** in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2007 rd. 9,1 Mio. Euro investiert. Dadurch konnte die Vernetzung des Straßen- und Wegenetzes im ländlichen Raum weiter vorangetrieben werden. Die verschiedenen Verkehrssysteme, die neben ihrer landwirtschaftlichen Nutzung zunehmend touristischen Anforderungen unterliegen, wurden weiter ausgebaut.

Weiterhin wurden erhebliche Mittel für **wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen** zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt. Gefördert wurden hier im Wesentlichen der Neubau und die Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen.

Sanierungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der **Kindertageseinrichtungen**. Ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen besteht aus alter Bausubstanz. Im Jahr 2007 wurden deshalb 5 Fördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen bewilligt. Es handelt sich dabei um Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zur Schaffung kindgerechter Innen- und Außenräume entsprechend den Anforderungen an eine barrierefreie Zugänglichkeit und eine räumlich barrierefreie Ausgestaltung sowie des Gesundheitsschutzes.

Im Bereich der Sportförderung wurde im Jahr 2007 der Nachholbedarf bei der Sanierung der vorhandenen **Sportstätten** weiter verringert. Das Land Sachsen-Anhalt hat im Jahr 2007 19 Investitionsmaßnahmen in einem Umfang von knapp 2 Mio. Euro gefördert.

Mit den im Jahr 2007 durchgeführten Investitionen konnte die bestehende Infrastrukturlücke weiter verringert werden. Auch zukünftig verfolgt die Landesregierung das Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt in die Schwerpunktbereiche für den weiteren Aufbau der Infrastruktur zu lenken.

V.3 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt

Auf Basis der festgestellten Situation, dass in den neuen Flächenländern und damit auch in Sachsen-Anhalt, Ende des Jahres 1999 noch erhebliche, wenn auch über die öffentlichen Aufgabenbereiche höchst unterschiedliche Infrastrukturlücken vorgelegen haben, wird hier dargelegt, in welchem Umfang die Investitionstätigkeit im Land einen Beitrag zum Schließen der Infrastrukturlücke geleistet hat.

Dazu zeigt die Abbildung V.3.1 das Volumen der investiven Ausgaben für Infrastruktur auf der Ebene des konsolidierten Haushaltes des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen im Vergleich zu den FFW. Im Berichtsjahr 2007 lagen die investiven Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen in Sachsen-Anhalt bei ca. 727 Euro je Einwohner, während diese in den finanzschwachen Westflächenländern ca. 376 Euro je Einwohner betragen. **Damit lag das gesamte Investitionsvolumen bei etwa 193 % des FFW-Wertes. Dies belegt, dass – insbesondere auch vor dem Hintergrund des höheren Ersatzinvestitionsbedarfs in den Westflächenländern – die Schließung der Infrastrukturlücke trotz der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt weiter vorangekommen ist.**

Abbildung V.3.1: Investive Ausgaben für Infrastruktur in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene – ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

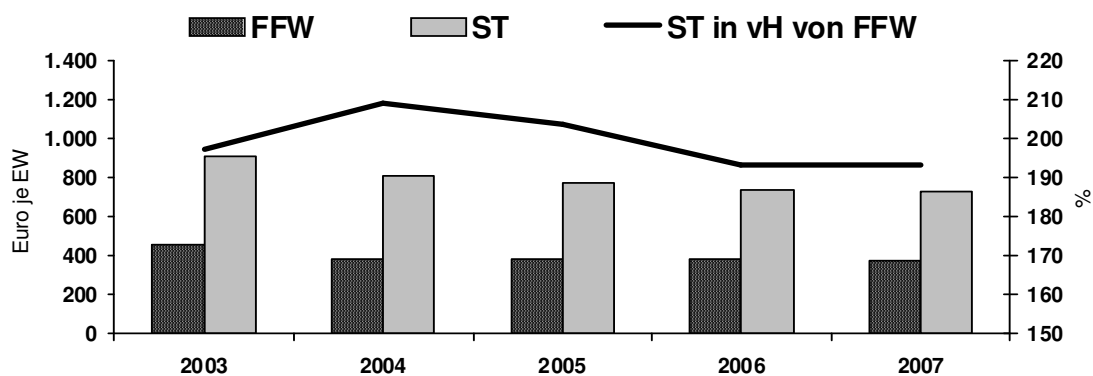
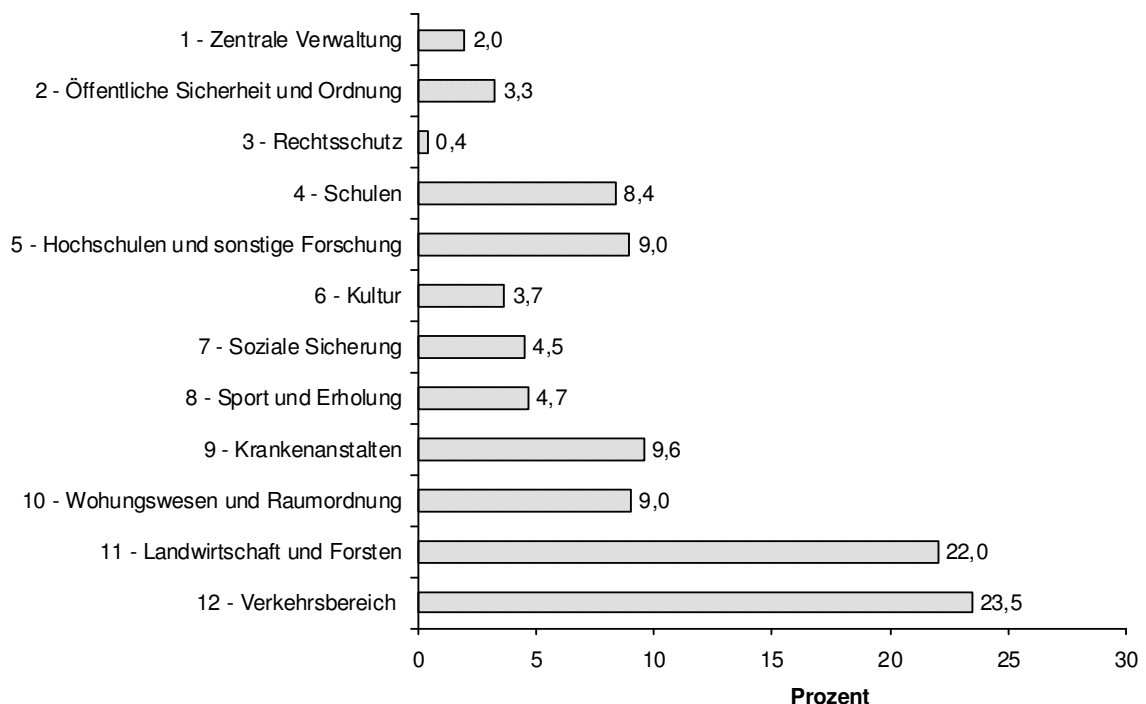


Abbildung V.3.2 zeigt die Verteilung der Infrastrukturinvestitionsausgaben im Land Sachsen-Anhalt auf die einzelnen Kerninfrastrukturbereiche im Jahr 2006 ²². **Ein Schließen der Infrastrukturlücke unter Beachtung der Struktur des Infrastrukturkapitalbestandes erfordert, dass öffentliche Infrastrukturinvestitionen insbesondere in jene Bereiche gelenkt werden, bei denen von einer besonders hohen Infrastrukturlücke auszugehen ist. Rd. 41 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur entfielen auf die Bereiche Verkehr und Bildung (Schulen und Hochschulen). Diese Aufgabenbereiche haben nach den Untersuchungen des DIW die umfangreichsten Infrastrukturdefizite zu verzeichnen.** Hingegen sind in die Bereiche, in denen es nach der DIW-Untersuchung Ende des Jahres 1999 Hinweise in Richtung einer „infrastrukturellen Überausstattung“ in den neuen Ländern gab, nur geringe Anteile der Infrastrukturinvestitionen geflossen. So entfielen auf den Bereich Kultur rd. 3,7 % und den Bereich der sozialen Sicherung nur rd. 4,5 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur.

Abbildung V.3.2: Anteil der Aufgabenbereiche an den Infrastrukturausgaben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 im Bereich der Kerninfrastruktur (Landes- und Kommunalebene) in %



²² In Abgrenzung des Funktionenplans des Landes Sachsen-Anhalt für die Landesebene und der Gliederungsübersicht auf Gemeindeebene, für die Gemeinden liegen bislang nur die Angaben für 2006 vor.

Ergänzend zeigt Tabelle V.3.1 die Anteile der einzelnen Bereiche an den Bauausgaben auf Landes- und Kommunalebene. Auch hier zeigt sich, dass ein erheblicher und im Zeitverlauf sogar deutlich ansteigender Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den infrastrukturell noch hoch defizitären (Straßen-)Verkehrsbereich geflossen ist und auch in den Bildungsbereich – Schulen und Hochschulen – wird ein weiterhin hoher Anteil der Infrastrukturinvestitionen gelenkt.

Tabelle V.3.1: Anteil der Aufgabenbereiche an den Baumaßnahmen in den Jahren 2003 bis 2007 in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in %

	2003	2004	2005	2006	2007
Allgemeine Verwaltung	1,4	1,2	1,8	1,3	1,1
Schulen u. vorschulische Bildung	5,8	6,0	9,5	11,4	10,0
Hochschulen	4,8	2,6	3,3	6,1	9,8
Eigene Sportstätten	3,3	3,8	2,3	1,8	2,1
Städtebau sowie -planung u. ä.	15,0	16,9	18,5	18,2	13,8
Wohnungsbau/-fürsorge	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
Straßen	35,2	36,3	33,0	31,1	34,6
Allgemeines Grundvermögen	3,7	3,2	3,4	3,4	2,8
Ver- und Entsorgungsbereiche ²³	4,3	3,5	3,6	4,5	2,7
übrige Aufgabenbereiche	26,2	26,3	24,5	22,1	23,0

In der Tabelle V.3.2 wird betrachtet, in welchem absoluten Umfang Sachsen-Anhalt in der aktuellen Vergangenheit Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu den FFW geleistet hat. Hierzu werden die kumulierten Baumaßnahmen im Zeitraum von **2000 bis 2007** (d.h. seit dem Jahr 1999, das der Analyse des DIW zugrunde lag) in Sachsen-Anhalt mit den entsprechenden Werten in den FFW-Ländern verglichen (jeweils gerechnet in Euro je Einwohner). Zu beachten ist hierbei, dass die Investitionsstrukturen zwischen den Ländern nicht in allen Aufgabenbereichen vergleichbar sind, da hauptsächlich im Bereich der „kommunalen Gemeinschaftsdienste“ Aufgaben auf Zweckverbände und insbesondere öffentliche Unternehmen (teilweise sogar private Unternehmen) verlagert wurden.

Tabelle V.3.2: Kumulierte Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen in den Jahren 2000 bis 2007 in Sachsen-Anhalt und den FFW (Landes- und Kommunalebene)

²³ Zusammenfassung von Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

in Euro je Einwohner

	ST	FFW	ST in % von FFW
Allgemeine Verwaltung	40	39	102,6
Schulen u. vorschulische Bildung	235	298	78,9
Hochschulen	168	79	212,7
Eigene Sportstätten	93	38	244,7
Städtebau sowie -planung u. ä.	421	68	628,4
Wohnungsbau/-fürsorge	10	5	220,0
Straßen	933	530	176,0
Allgemeines Grundvermögen	119	35	340,0
Ver- und Entsorgung	108	150	72,0
sonstige Aufgabenbereiche	724	433	167,2
insgesamt	2851	1675	170,2

Auch die Angaben in der Tabelle V.3.2 belegen, dass gerade in den Bereichen mit hohen Infrastrukturdefiziten die Investitionsausgaben (Baumaßnahmen) deutlich höher liegen als in den Vergleichsländern:

So verzeichnet der **Straßenbau** in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2000 bis 2007 die höchsten Investitionen aller Aufgabenbereiche. Es wurden in Sachsen-Anhalt 933 Euro je Einwohner investiert, während in den FFW das Volumen bei lediglich ca. 530 Euro je Einwohner lag.

→ + **76 % gegenüber FFW**

Im **Hochschulbereich** ist ebenfalls ein erhöhtes Investitionsvolumen im Land Sachsen-Anhalt deutlich sichtbar. Während in Sachsen-Anhalt Investitionen in Höhe von ca. 168 Euro je Einwohner getätigt wurden, lag das Investitionsvolumen in den finanzschwachen Westflächenländern bei ca. 79 Euro je Einwohner.

→ + **113 % gegenüber FFW**

Auch der **Bereich Städtebau/-planung** gehörte nach den DIW-Ergebnissen zu den Bereichen mit markanten Infrastrukturdefiziten. In diesen Bereich sind im Zeitraum von 2000 bis 2007 Bauinvestitionen in Höhe von 421 Euro je Einwohner geflossen, in den FFW waren dies nur rd. 68 Euro je Einwohner.

→ + **528 % gegenüber FFW**

Insgesamt dokumentieren die vorgelegten Indikatoren, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren deutlich höhere Infrastrukturinvestitionen getätigt hat als die

FFW. Außerdem ist zu erkennen, dass diese Mittel schwerpunktmäßig in die Bereiche geflossen sind, bei denen von immer noch deutlichen Infrastrukturlücken auszugehen ist. Dies impliziert weitere Fortschritte beim Aufbau Ost, die unabhängig von der SOBEZ-Verwendungsrechnung allein aufgrund des hohen Investitionsniveaus in allen neuen Ländern erreicht wurden.

VI. Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt

Der Bund unterstützt die neuen Länder nicht nur durch die Gewährung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, sondern auch durch überproportionale Leistungen in anderen Bereichen, wie z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und b GG sowie den Finanzhilfen nach Art. 104 b GG. Im Rahmen des Solidarpakt I wurden diese Leistungen weder inhaltlich noch volumenmäßig quantifiziert. Der Solidarpakt II dagegen sieht hierzu explizit den „Korb II“ vor, für den der Bund ein über die SOBEZ hinausgehendes Volumen von bis zu weiteren ca. 51 Mrd. Euro – was 50 % der SOBEZ-Zahlungen entspricht - für den Zeitraum von 2005 bis 2019 zugesagt hat. Im Zuge der parlamentarischen Debatte um das Maßstäbengesetz und die Fortführung des Solidarpaktes wurde am 4. Juli 2001 mit großer Mehrheit eine Entschließung des Bundestages²⁴ verabschiedet, in der zum Korb II festgehalten wurde

„Das Finanzvolumen des Korbes II (im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen des Bundes u. a. für Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen – ohne IfG – , EU-Strukturfondsmittel, Investitionszulage) beträgt derzeit über 10 Mrd. DM jährlich.“

Zum Inhalt des Korbes II haben Bund und Länder Ende 2006 eine Übereinkunft erzielt²⁵. Danach sind folgende Bestandteile - jeweils in Höhe der überproportionalen Leistungen Ost - auf den Korb II anzurechnen:

- Politikfeld Wirtschaft: Bundesanteil an der Investitionszulage (gewerbliche Wirtschaft), GA Wirtschaft und Agrarstruktur/Küstenschutz, Leistungen für die Investorenwerbungsgesellschaft IIC, Absatzförderung ostdeutscher Produkte;
- Politikfeld Verkehr: Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, Regionalisierungsmittel (investiver Anteil), Finanzhilfen GVFG, EFRE-Bundesprogramm (nationale Kofinanzierung);
- EU-Strukturfonds: EFRE-Länderprogramme, EFRE-Bundesprogramm, EAGFL, FIAF;

²⁴ Vgl. BT-Drs. 14/ 6577.

²⁵ Schreiben der Bundeskanzlerin vom 18. Dez. 2006; MPK Ost am 30. Nov. 2006

- Politikfeld Wohnungs- und Städtebau: Bundesanteil an der Investitionszulage (Wohnungsbau), Finanzhilfen Städtebauförderung, Altschuldenhilfe Wohnungsbau, Finanzhilfen soziale Wohnraumförderung;
- Politikfeld Innovation, FuE, Bildung: GA Hochschulbau, Bildungsplanung und Forschungsförderung, Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, Förderung innovativer Wachstumsträger, Netzwerkmanagement Ost, Unternehmen Region, PRO INNO, High Tech Gründerfonds;
- Politikfeld Beseitigung ökologischer Altlasten, Standortsanierung (investiver Anteil): Zuwendungen an Wismut GmbH, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben, Energiewerke Nord;
- Sonstiges: Goldener Plan Ost (Sportstätten), Sportstättenbau Spitzensport.

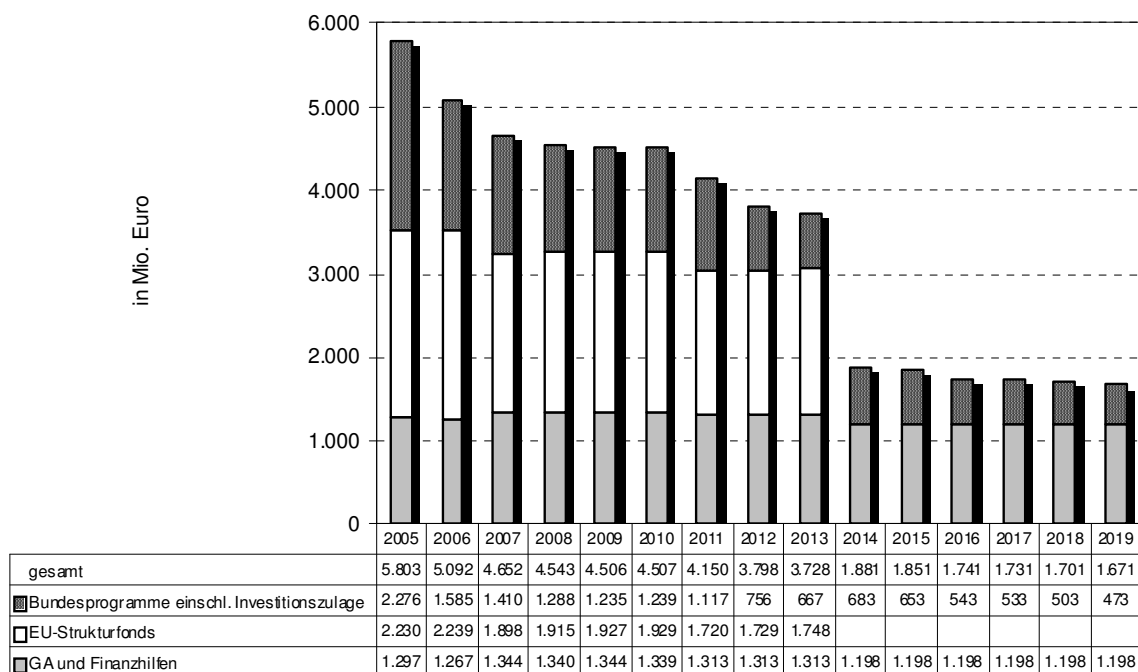
Im Jahr 2005 wurden aus diesen Programmen 5,88 Mrd. Euro, im Jahr 2006 5,19 Mrd. Euro für die neuen Länder und Berlin bereitgestellt (Grundlage: Berechnungen der ZDL). **Dies sind zusammen rd. 11,1 Mrd. Euro bzw. 21,5 Prozent des zugesagten Gesamtvolumens.** Über die Entwicklung im Jahr 2007 wird der Bund in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten 2007 berichten (November 2008). Analog wird die ZDL die weiteren Regionalisierungen vornehmen.

Abbildung VI.1 zeigt die nach der im November 2006 getroffenen Vereinbarung geplante Entwicklung der genannten Bereiche bis zum Jahr 2019²⁶. Mittel aus den EU-Strukturfonds werden entsprechend der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ab 2014 nicht mehr auf den Korb II angerechnet. Insgesamt ergeben sich über die Gesamtlaufzeit 51,355 Mrd. Euro für den Korb II.

²⁶ Entsprechend der zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarung werden die EU-Mittel nur bis einschl. der Förderperiode 2007 - 2013 angerechnet.

Abbildung VI.1:

Struktur und geplante Entwicklung des "Korb II" von 2005 bis 2020 - neue Länder und Berlin



Entsprechend der durch die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) vorgenommenen Regionalisierung²⁷ 2005 und 2006 sind davon auf das Land Sachsen-Anhalt 1,94 Mrd. Euro bzw. 17,5 % entfallen. Diese verteilen sich nach Bereichen wie folgt:

Tabelle VI.1: Anteilige Korb-II-Mittel für Sachsen-Anhalt

in Mio. Euro

	Jahr	NBL gesamt	Sachsen-Anhalt	Anteil in %
Politikfeld Wirtschaft (einschl. I-Zulage)	2005	1.293,9	268,0	20,7
	2006	1.125,0	176,9	15,7
	gesamt	2.418,9	444,9	18,4
Politikfeld Verkehr	2005	927,7	179,5	19,4
	2006	808,3	146,4	18,1
	gesamt	1.735,9	325,9	18,8
EU-Strukturfonds (indikative Planung)	2005	2.229,1	423,3	19,0
	2006	2.239,0	446,1	19,9
	gesamt	4.468,1	869,4	19,5

²⁷ Hierbei wurden einige Bereiche entsprechend dem Ort der durchgeführten Maßnahmen, andere aufgrund der Einwohnerzahlen regionalisiert. Insbesondere 2005 weist die ZDL etwas höhere Beträge aus als der Bund in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten aus dem Jahr 2007, da nach Angaben der ZDL der Bundesberechnung noch teilweise die vorläufige Datenbasis der Vereinbarung vom November 2006 zugrunde lag.

	Jahr	NBL gesamt	Sachsen-Anhalt	Anteil in %
Politikfeld Wohnungs- und Städtebau (einschl. I-Zulage)	2005	905,3	180,8	20,0
	2006	564,9	100,8	17,8
	gesamt	<i>1.470,3</i>	<i>281,6</i>	<i>19,2</i>
Politikfeld Innovation, FuE, Bildung	2005	472,1	14,2	3,0
	2006	400,7	- 3,2	- 0,8
	gesamt	<i>872,8</i>	<i>11,0</i>	<i>1,3</i>
Politikfeld Beseitigung ökologischer Altlasten, Standortsanierung	2005	37,1	1,7	4,7
	2006	31,0	4,9	15,8
	gesamt	<i>68,1</i>	<i>6,6</i>	<i>9,7</i>
Sport	2005	12,1	0,4	3,4
	2006	17,3	1,0	5,9
	gesamt	29,4	1,4	4,9
Korb II gesamt	2005	5.877,3	1.068,0	18,2
	2006	5.186,2	872,8	16,8
	gesamt	11.063,5	1.940,8	17,5
Anteil bis 2006 am Gesamt- volumen von 51,355 Mrd. Euro		21,5 %		

VII. Ausblick

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Land viel getan hat. Sachsen-Anhalt ist inzwischen ein Land mit hoher Dynamik. Die Landesregierung hat 2007 erstmals einen Haushalt ohne Neuverschuldung abgeschlossen. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass die weitere Konsolidierung des Landeshaushaltes trotz bereits erfolgter Weichenstellungen und der derzeit günstigen Steuereinnahmentwicklung enorme Herausforderungen für die nächsten Jahre bereit hält. Die besondere Ausgangslage gerade in Sachsen-Anhalt, die nach der Wende gekennzeichnet war vom Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau und dem damit verbundenen Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze, konnte bisher noch nicht ausreichend kompensiert werden.

Der Erfolg der weiteren Konsolidierungsanstrengungen ist nicht zuletzt abhängig von Entwicklungen, die nur zum Teil vom Land beeinflussbar sind. Hierzu zählen unter anderem die Entwicklung der Steuereinnahmen, der Konjunktur und der Geldpolitik.

Für die Legislaturperiode bis 2011 hat sich die Landesregierung viel vorgenommen: Mit dem Einstieg in die Tilgung der Landesschulden ab 2009 und einem schnelleren Tilgungsplan wird der langfristige Trend der Zinsausgaben gestoppt und wieder mehr Spielraum für künftige finanzpolitische Entscheidungen eröffnet. Mit dem im nächsten Jahr zu beschließenden Doppelhaushalt 2010/2011 wird die Landesregierung von Sachsen-Anhalt zum fünften Jahr in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Damit verbunden wird auch eine Verbesserung des Nachweises der Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sein, der nur auf diesem Wege - bei gleichzeitiger Stabilisierung des Investitionsniveaus - erreicht werden kann. Eine Erhöhung des derzeitigen Investitionsniveaus, das in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern deutlich über dem der Vergleichsländer West liegt, ist langfristig aufgrund der Einnahmeentwicklung weder möglich noch sinnvoll. Wichtig ist ein gezielter Einsatz der verfügbaren Mittel dort, wo die stärkste Wirkung für Wachstum und Zukunft zu erwarten ist. Die Orientierung am haushaltsrechtlichen Investitionsbegriff kann und wird daher nicht alleiniger Maßstab künftigen Handelns sein. Der gegenwärtige Grad des Mittelnachweises ist noch nicht zufriedenstellend, wenngleich eine enorme Verbesserung erreicht wurde.

Mit der im Frühjahr begonnenen Strategiediskussion der Landesregierung, die alle Politikfelder umfasst, wird die Konsolidierung der Landesfinanzen weiter vorankommen. Einen entscheidenden Beitrag hierzu wird die weitere Personalanpassung leisten. Mit der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts (PEK) hat die Landesregierung nochmals

nachgelegt und die Zielzahl neu definiert. Bei der fortgesetzten Konsolidierung tragen auch die Anstrengungen der vergangenen Legislaturperioden, insbesondere der bereits umgesetzte Personalabbau und weitere personalausgabenreduzierende Maßnahmen erste spürbare Wirkungen. In den nächsten zehn Jahren wird die Orientierung auf den Durchschnitt der Flächenländer West Maßstab für den weiteren Abbau von Personalüberhängen sein. Außerdem wurde zur Bewältigung der ansteigenden Versorgungslasten neben der Versorgungsrücklage für neu einzustellende Beamte ein Pensionsfonds eingerichtet, in dem bereits während der Zeit des aktiven Dienstes Mittel für die Pensionszeit angespart werden können.

Trotz der gebotenen Konsolidierung soll die Investitionsquote 2008 bis 2012 weiterhin auf einem hohen Niveau liegen (im Durchschnitt knapp 16 %). Dies zeigt, wie ernst es der Landesregierung mit den gesteckten Zielen ist. Aber auch andere Zukunftsausgaben – wie z. B. für Bildung und Forschung – genießen weiterhin eine hohe Priorität, unabhängig von ihrer haushaltssystematischen Einordnung.

Die Umsetzung der Gebiets- und Funktionalreform für die Gemeinden und Landkreise, die Umstellung derzeit überproportionaler EU-Fördermittel auf revolving Fonds zur Sicherung einer langfristigen Förderung und die konsequente Anpassung einwohnerabhängiger Ausgaben an die zurückgehende Bevölkerungszahl sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode werden weitere Beiträge zum Gelingen der Haushaltskonsolidierung leisten. Unter dem Stichwort „Vorsorge“ sind die erfolgte Bildung einer Steuerschwankungsreserve sowie die Gründung einer Zukunftsstiftung, der die Vermögensveräußerungen des Landes zufließen sollen, zu nennen.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass mit den Fortschritten der weiteren Konsolidierung auch die in der Vergangenheit oft einseitig geführte Diskussion um die Verwendung der Solidarpaktmittel ein Ende gefunden hat und die in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern tatsächlich zu verzeichnenden Fortschritte beim Aufbau Ost stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Dies wird zu einem entscheidenden Teil den Solidarpaktmitteln zu verdanken sein, die auch in den nächsten Jahren verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert eingesetzt werden.